GORLEBEN AKTUELL

DM 1,-

AG. WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE LÜNEBURG

[18.03.82]

Nr. 10

Nr. 9

Gorleben-Bauern vor Gericht

Collection Lakka foundation
www.lakka.org
Digitized 2016

In eigener Sache:

Nach wie vor stecken wir in einer finanziellen Misere, deshalb freuen wir uns über jede Spende. Es gibt immer noch BI s, die alte Zeitungen noch nicht bezahlt haben. Wir haben bei den bisherigen Zeitungen viel Geld dazugeschossen, darum sind wir am Überlegen, ob wir den Preis ab der nächsten Nummer erhöhen .

Wir haben jetzt ein Postscheckkonto (siehe Impressum) und möchten euch bitten, das Geld möglichst darauf zu überweisen, da beim Postscheckkonto die Gebühren niedriger sind.

Gemeinsam gegen die Ermittlungsverfahren

An alle Teilnehmer und Zuschauer der Sitzblockade vom 12. Sept. 79 auf dem Marktplatz in Dannenberg. In Göttingen, Berlin und anderswo sind jetzt die ersten Ermittlungsverfahren (wegen Nötigung usw.) angelaufen. Wer hat noch ein Ermittlungsverfahren, wer ist bereit, als Zeuge auszusagen? Bitte schnell melden beim

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, 34 Gö., Postfach 45, oder Telefon (0551) 72436 Prozeßgruppe

EJZ 05.12.79

Neurotiker

„Kernkraftgegner sind Menschen, die von frühester Kindheit an den Weg zum Neurotiker gegangen sind."

Niedersachsens Wissenschaftsminister Pestel auf einer CDU-Veranstaltung in Haselünne im Emsland, als „Zitat des Tages" am Freitag im Pressespiegel der Staatskanzlei veröffentlicht. p.

HAZ 08.12.79

Winterschlaf auf dem Platz

... doch in der Erde warten tausende von Osterglocken auf das Frühjahr . Viele sind dem Aufruf der Frauen zur Pflanzaktion nach Gorleben gefolgt. In großen und kleinen Kartons, Tüten und sogar Säcken wurden Blumenzwiebeln mitgebracht und gestekct. Alles zur Vorbereitung auf die internationale Frauendemonstration gegen das Atomprogramm Ostern 1980.
An den Pflanzwochenenden im Herbst wurden 15.000 Bäume verpflanzt und mit Verbißschutz bepinselt, um sie vor den hungrigen Hirschen zu schützen.
Im Frühjahr geht es mit dem Pflanzen neuer Bäume, der Pflege und weiteren Gestaltung des Platzes (Versammlungsplatz, Spielplatz) los.
Für das Windrad muß das Bewässerungssystem verlegt werden und ...
Natürlich rechnen wir auch im nächsten Jahr mit eurer Unterstützung.

Gorleben soll leben
Gruppe "Platz" der BI
Lüchow-Dannenberg

Dieses Abzeichen gibt es als Anstecknadel Einzelpreis 2,-- ab 10 Stück 1,50 und Aufkleber, Bogen a 6 Stück Einzelpreis 1,-- ab 10 Bogen 0,70 Beides in grün-schwarzer Farbe. Bestellungen bei: Günter Garbers, Lüner Str. 1 b, 2120 Lüneburg, Tel. Nr. 04131/31190

Impressum
Gorleben Aktuell Nr. 10 , DEZ.

Presserechtl. verantwortl.: Günter Garbers, Lüner Str. 1 b, 2120 Lüneburg

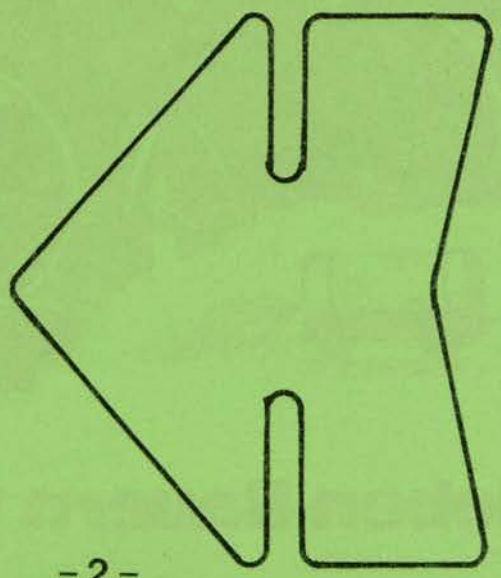
Bestellungen bei: Gunter Harms, Sültenweg 57, 2120 Lüneburg

Konto Nr. 28480, Stadtsparkasse Lüneburg, Günter Garbers, Postscheckkonto 37814-206, PschA, Hamb.

Telefonverbindung 04131/45290 Matthias

Herausgeber: AG Wiederaufbereitungsanlage, Lüneburg

Auflage 2500



ÄNDERUNGEN

Polizeigewalt gegen bäuerlichen Widerstand

Ein Bauer* berichtet:

Zum ersten Mal wurde eine hydrogeologische Bohrung niedergebracht, obwohl der Grundeigentümer hiermit nicht einverstanden war.
Da durch Wissenschaftler wie Grimmel und Andere bereits mehrmals nachgewiesen wurde, daß der Gorlebener Salzstock für die Endlagerung von hochaktiven Atommüll ungeeignet ist, bedeutet die Fortsetzung der hydrogeologischen Bohrungen, daß unsere grundsätzlichen Gegenargumente nicht ernst genommen werden. Es sollen weitere vollendete Tatsachen (Sachzwänge) geschaffen werden. Um unseren Argumenten Nachdruck zu verleihen und unseren Unmut über die Bohrungen zu zeigen fuhren ca. 15 Landwirte am Dienstag Vormittag, dem 13.11.19, mit ihren Treckern und vollgepumpten Jauchewagen zur 1. hydrogeologischen Bohrung auf dem Grund und Boden des Grafen Bernstorff. Die gesamte Jauche, ca. 30 000 Liter ließen wir dicht an der Bohrstelle ab. Die Polizei hielt sich hierbei im Hintergrund. Nur ein Polizist war neugierig geworden was das denn mit den Jauchewagen auf sich hatte und ging ganz dicht an die Öffnung um zu sehen, warum denn hier nichts raus kam. In dem Moment kam eine große Fontäne Jauche aus der Öffnung, so daß er total befleckt und stinkend von dannen zog.
Wenige Zeit nachdem wir bei der Bohrstelle angelangt waren kam ein Filteam der Polizei und hielt den ganzen Ablauf im Film fest. Während dessen notierten 3-4 BGS ler die Treckernummern.
Da am Vormittag alles so schön ging entschlossen wir uns am Abend das Ganze zu wiederholen. Abends fuhren wir wieder mit Schleppern und Jauchewagen aus unseren Dörfern Richtung hydrogeologischer Bohrung. Diesmal kamen aber nicht alle an. Viele Bauern wurden auf dem Hinweg bereits von der Polizei gestoppt und mit der Begründung "Das Gefahr im Verzug währe", wurden ihnen die Zündschlüssel und Papiere weggenommen und beschlagnahmt. Hier kam es zu den verworrensten Szenen. 2 Bauern konnten ihren Weg Richtung Bohrstelle fortsetzen, als sie per Anwalt der Polizei mitteilten, das diese kein Recht hätten, die Papiere und Schlüssel abzunehmen, da sie eine Einladung des Grafen hätten auf seinem Grund und Boden Jauche zu fahren.
Diejenigen die unbehelligt zur Bohrung kamen ließen wieder wie am Vormittag ca. 30 000 Liter Jauche ab. So konnte jeder schon auf einiger Entfernung riechen, daß hier eine "Schweinerei" im Gange war.
Das Ergebnis der Jauchefahrt war das der Boden im Umfeld der Bohrung in knietiefen Matsch verwandelt wurde.

Im Gegensatz zum Vormittag war jetzt sehr viel mehr Polizei da.
Insgesamt herrschte bei der Polizei wohl Unsicherheit wie sie auf unsere Aktion reagieren sollte. Auch bei der Bohrung kontrollierte die Polizei Fahrzeugpapiere und schrieb sorgfältig alle Angaben ab.
Insgesamt war die Situation aber nicht zu überschauen da es ja dunkel war. 2 Trecker fuhren weg, ohne kontrolliert zu werden. Die Polizei versuchte die beiden Trecker durch Winken anzuhalten, aber wer hält schon wenn er gegrüßt wird.
Da die Polizei anscheinend die Anweisung hatte alle Papiere der Treckerfahrer zu notieren, schlug die Stimmung der Polizei nun in offene Aggressivität und Gewalt um. Dem nachfolgenden Treckerfahrer wurden die gleichen Zeichen gemacht. Da im Scheinwerferlicht in einiger Entfernung plötzlich Polizisten sich aus dem Gebüsch mit Holzknüppeln bewaffneten, wollte der Treckerfahrer fragen, was denn los sei und hielt an. Mit wilden Schlagen gegen die Seiten der geschlossenen Kabine des Treckers war die Aufforderung verbunden sofort den Trecker abzustellen und auszusteigen.
In diesem Moment wurde die hintere Scheibe des Treckers eingeschlagen. Ein Baumstamm wurde quer unter das Vadeck des Treckers gestoßen. Fahrer und Beifahrer wurden mit den übelsten Beschimpfungen wie"Saukerle", "Schweinehund", "dich schlag ich noch zum Krüppel" bedacht, als sie vom Trecker stiegen. Beide wurden gleich von je zwei Polizisten angepackt und festgehalten. Dem Beifahrer wurde "angeboten", in dem von der Jauche aufgeweichten Boden "doch mal zu baden und den Teich auszusaufen". Mit den Füssen wurde er schon hineingeschubst, allein die Angst der Polizisten mit in die Gülle zu rutschen bewahrte ihn vor Schlimmeres.
In dieser Nacht wimmelte es überall im Landkreis von aufgescheuchten Polizeikräften. Weitere Trecker die zur Bohrung fahren wollten wurden stillgelegt, indem Fahrzeugpapiere und Zündschlüssel abgenommen wurden. Mit "Polizeieskorte" wurden die beteiligten Trecker bis auf ihre Höfe begleitet.
Einzelne Bauern wurde auf ihren Höfen noch die Zündschlüssel und Papiere weggenommen. Ein Bauer der auf dem Hof von Bauer Wiese gefahren war und sich weigerte seinen Zündschlüssel abzugeben wurde von einem Polizisten sofort in den Schwitzkasten genommen.
Zu der Polizei ist noch zu sagen, daß sich einige wohl schon auf Feierabend eingestellt hatten, so daß sie leicht "alkoholisiert" waren.

bitte wenden

fortsetzung von seite 3

Im Vergleich zu dem früheren Vorgehen läßt sich eine eindeutige Steigerung der Aggressivität von Seiten der Polizei erkennen.
Dies ist meiner Meinung nach erst ein Vorgeschmack dessen, wie die Polizei erst eines Tages mit uns umspringt, wenn die Anlage gebaut wird, was alle trotz der Erklärung Albrechts glauben.
Früher schritt die Polizei nicht in diesem Maße und mit diesen Mitteln gegen bäuerlichen Widerstand ein. Es ist festzustellen das angewandte Gewalt gegen Bauern, denn nichts anderes sind diese Übergriffe der Polizei, von solchen Politikern ((auch im Landkreis) geduldet wird, die sonst immer von den Atomgegnern Zurückhaltung und Gewaltlosigkeit fordern.*

((Dies ist ein Erlebnisbericht, von einem der beteiligten Bauern der nicht Namentlich genannt werden möchte)

*** Aus atomstaat-juristischen Gründen muss der Beitrag anonym bleiben.**

Die Polizei - Dein Freund + Helfer?

Am Dienstag haben Landwirte das Gelände um eine Bohrstelle im Gräfl. Bernstorffschen Forst mit Gülle bespritzt.

Dies war als Protest gedacht, denn diese Bohrung wird per Zwangseinweisung gegen den Willen des Grundbesitzers durchgeführt.

Was haben die Polizisten aus dieser Aktion gemacht?

Sie haben die Landwirte praktisch wie Kriminelle behandelt.

Sie haben die Bauern in übelster Weise beschimpft.

Sie haben den Bauern ohne Grund Fahrzeugpapiere und Schlüssel abgenommen — falls das nicht schnell genug geschah, mit Gewalt.

Sie haben einem Zuschauer, der Fotos machte, den Film aus der Kamera genommen.

Sie haben bei einem Trecker eine Scheibe eingeschlagen, weil der Bauer nicht schnell genug vom Trecker kam. Und so weiter.

Wozu das alles?

Weil man offensichtlich endlich den Widerstand im Landkreis zum Schweigen bringen will.

Zumindest die leitenden Polizisten müssen fest davon überzeugt sein, sie kämpften für eine gute und notwendige Sache, wodurch fast alle Mittel gerechtfertigt sind.

Wer kann denn noch sagen, daß sich die Polizisten nicht wie eine Besatzungsarmee betragen!

Wie lange müssen wir uns die immer wieder neuen Übergriffe der Polizei und auch des BGS noch gefallen lassen?

Der GLU-Kreisverband Lüchow-Dannenberg fordert:

- Völlige Aufklärung aller Vorgänge vom vergangenen Dienstag
- Ersatz aller beschädigten Gegenstände
- Offenlegen der politischen Schulungsmethoden bei Polizei und BGS
- Sofortige Abberufung des verantwortlichen Leiters der Gorleben-Polizei

Bohrungen vorläufig gestoppt

Zuerst noch einiges zur Vorgeschichte.
Die jetzt von der Pysikalisch Technischen Bundesanstalt (PTB) in Angriff genommenen rund 100 hydrogeologischen Bohrungen unterscheiden sich von den vorhergegangenen Flachbohrungen dadurch, daß sie ausschließlich auf Privatgelände stattfinden. Die seit März 79 laufenden Flachbohrungen befanden sich größtenteils auf DWK-eigenen Gelände.
Die jetzigen hydrogeologischen Bohrungen befinden sich am Rande des Salzstockes und sollen die wasserführenden Schichten erkunden. Bisher wurden 8 Bohrungen durchgeführt, 21 stießen auf den Widerstand der Grundeigentümer, 12 davon auf dem Gelände des Grafen Bernstorf. Eine bisher nicht bekannte Anzahl Grundeigentümer erlaubte die Bohrungen.
Wenn ein Grundeigentümer der PTB nicht gestattet, auf seinem Gelände zu bohren, kommt es zu einer mündlichen Verhandlung vor dem Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld.
Im Falle des Grafen Bernstorf hatte die PTB nach dem geänderten niedersächsischen Berggesetz (extra wegen "Gorleben" geändert), ein Grundabtretungsverfahren eingeleitet, was einer zeitweiligen Enteignung gleichkommt. Zum gleichen Zeitpunkt wurde mit der Niederbringung der 1. hydrogeologischen Bohrung auf dem Gelände des Grafen begonnen. Der Rechtsanwalt des Grafen hatte Eileinspruch hiergegen beim Landgericht Braunschweig eingelegt.
Wohl auch durch den Widerstand der Bauern, wie zb. die Güllefahrt zum Bohrloch, und die Öffentliche Entrüstung über das Polizeivorgehen hierbei, haben das Landgericht Braunschweig dazu veranlaßt, die Bohrungen vorläufig zu stoppen. Dies solange bis in einem gerichtlichen Hauptsachverfahren geklärt ist, ob die Bohrungen im öffentlichen Interesse sind.

Fortsetzung von Seite 4

In einem Leserbrief in der Samstagsausgabe der EJZ begründete Graf Bernstorf seine Ansicht, daß diese Bohrungen nicht in dem erforderlichen öffentlichen Interesse liegen: die Untersuchungen des Hamburger Geologen Prof. Grimmel hätten ergeben, daß der Salzstock Gorleben nicht "das international anerkannte Kriterium tektonischer Stabilität erfüllt und somit keinen sicheren Abschluß eingelagerter radioaktiver Abfälle gewährleistet." Daraus zieht er die Schlußfolgerung: "Es kann nun aber kein öffentliches Interresse an der Erkundung nur dieses einen Salzstocks vorliegen, wenn schon nach dem jetzigen Stand unwiderlegter wissenschaftlicher Erkenntnisse der Gorlebener Salzstock die geforderten Kriterien nicht erfüllt. Das ungeheuer aufwendige und nur mit großem Polizei und Bundesgrenzschutzaufgebot zu sichernde Bohrprogramm bedeutet dann nämlich ein unverantwortliche Verschwendung von Steuergeldern."

In nächster Zeit werden ähnliche Verfahren auf weitere Grundeigentümer zukommen, die ebenfalls der PTB die Unterschrift verweigert haben.

Beamte traten kräftig zu

Das brutale und rücksichtslose Vorgehen der Polizei bei der Jauchefahrt der Bauern war kein Einzelfall. Dies beweisen die Vorgänge an einem Zufahrtsweg zu einer weiteren Flachbohrstelle. Hierzu einige Artikel aus der EJZ.

Bauern und Bürgermeister mußten BGS-Beamten weichen

„Starke Rangelei" bei Gedelitz um Privatweg als Bohrplatzzufahrt

Gedelitz. Eine unangenehme Erfahrung mit Einsatzkräften des Bundesgrenzschutzes machten sechs Bauern aus Gedelitz und Bürgermeister Fritz Kraack-Trebel. Sie wollten verhindern, daß Bohrfahrzeuge sowie Dienstwagen der Polizei und des BGS einen Privatweg nahe Gedelitz befahren, und wurden von BGS-Beamten unsanft beiseite geschoben. Bürgermeister Kraack bezeichnete diesen Vorgang als schwersten Zwischenfall seit Aufnahme der Bohrtätigkeiten im Gorlebener Raum.

Den im Privatbesitz von Gedelitzer Landwirten befindlichen Feldweg hatte die PTB ohne Rücksprache mit den Eigentümern als Zufahrt zu einer Flachbohrstelle vorgesehen. Er ist durch entsprechende Verkehrszeichen für Kraftfahrzeuge jeder Art gesperrt und lediglich für die Land- und Forstwirtschaft frei. Die Landwirte hatten beim Bürgermeister der Gemeinde dagegen protestiert, daß der Weg ihrer Ansicht nach widerrechtlich benutzt werde. Daraufhin machte Kraack die PTB auf die Rechte der Landwirte aufmerksam. Die PTB sicherte ihm zu, künftig eine andere Anfahrt zu benutzen.

Während Beamte der Polizei die Einwände der Landwirte respektierten, stießen die Bauern mit ihren Argumenten bei den Bundesgrenzschützern, die mit zwei Kleinbussen den Weg befahren wollten, auf taube Ohren. Auch Einwände des Bürgermeisters und der Hinweis auf sein Gespräch mit einem PTB-Vertreter konnten den leitenden BGS-Mann nicht zur Umkehr bewegen. Statt dessen ließ er Bauern und Bürgermeister von seinen etwa 15 Beamten aus dem Weg räumen. Dabei kam es nach Angaben von Kraack zu einer „starken Rangelei". Mit harten Griffen und Fußtritten — so die Betroffenen — setzten sich die Uniformierten schließlich durch.

Bürgermeister Fritz Kraack war ebenso wie die Gedelitzer Landwirte erschüttert über das Vorgehen der Beamten. Die Schuld an diesem Zusammenprall trägt seiner Meinung nach die PTB. „Es ist ungeheuerlich, daß man sich über die Rechte der Landwirte einfach hinwegsetzt", empörte sich Kraack über diese „Schlamperei einer Bundesbehörde". ür

EJZ 20.10.1979

Einstweilige Verfügung

Gedelitz. Ein Landwirt aus Gedelitz hat eine gerichtliche einstweilige Verfügung gegen eine im Raum Gorleben für die PTB arbeitende Bohrfirma erwirkt. Dem Unternehmen wird dadurch untersagt, eine Koppel des Landwirts als Zufahrt zu einer hydrogeolgischen Bohrstelle zu benutzen.

EJZ 29.10.79

Landvolk beschwert sich

Lüchow. Der Kreisverband Lüchow-Dannenberg des Niedersächsischen Landvolks wird Beschwerde gegen das „eigenmächtige und unberechtigte Vorgehen" des Bundesgrenzschutzes im Gedelitzer Wegestreit bei den verantwortlichen Dienststellen einlegen. Wie Verbandsvorsitzender Adolf Voß mitteilte, wurde bei der Sitzung des Vorstandes auch Kritik an dem Urteil des Schöffengerichts Uelzen in Sachen von Blottnitz und Mitangeklagten geübt. Ihm — dem Kreisverband des Landvolkes — sei „die eigenartige Urteilsfindung" unerklärlich. Des weiteren befaßte sich der Vorstand mit der Bildung einer bäuerlichen Notgemeinschaft, deren Zielsetzung der Widerstand gegen atomare Pläne bei Gorleben ist (siehe Bericht auf dieser Seite). Der Landvolkvorstand sicherte dieser Gemeinschaft seine Unterstützung unter der Voraussetzung zu, daß Zersplitterungsversuche unterbleiben.

EJZ 01.11.79

Bäuerliche Notgemeinschaft gegründet

Interview von "Gorleben Aktuell" mit Horst Wiese vom Vorstand der bäuerlichen Notgemeinschaft Lüchow-Dannenberg

G.A.: Warum habt Ihr trotz Bestehen des Gorleben Ausschusses des Landvolks die bäuerliche Notgemeinschaft gegründet?

H.W.: Das Landvolk hat sich mit den Fragen, die sich in Zusammenhang mit Gorleben stellen, nicht intensiv auseinandergesetzt. Speziell die Probleme der landwirtschaftlichen Betriebe in unmittelbarer Nähe nicht ausreichend erkannt und ebenfalls die Gefahren, die von einem solchen Werk ausgehen können, nach unserer Meinung nicht hinreichend beachtet, so daß unsere Bedenken im Landvolk nicht genügend Beachtung fanden. Wir verstehen uns hierbei nicht als Konkurrenz zum Landvolk.

G.A.: Welche Aufgaben und Ziele habt Ihr Euch gesetzt?

H.W.: Wir betrachten unseren Landkreis als unseren Lebensraum und möchten ihn gesund erhalten. Wir hoffen, daß wir durch Alternativenergie den technischen Fortschritt ebenfalls erreichen und wenden uns dem Ausbau dieser Objekte zu. Hierbei muß gesehen werden, daß durch das Atomprojekt kurzfristig Arbeitsplätze geschaffen werden, aber die Landwirtschaft auf der gesamten Linie Nachteile hinnehmen muß. Dazu gehören Arbeitsplatz- und Existensverlust, d.h. bäuerliche Betriebe werden Pleite gehen. Dadurch das Alternativenergien wie z.B. Biogas angewendet werden, werden Arbeitsplätze langfristig geschaffen bestehende erhalten.
Ein weiteres Ziel der Gemeinschaft ist die Überwachung der nukleartechnischen Planung im Einzugsbereich des Landvolkverbandes Lüchow-Dannenberg. Als weitere Aufgabe verstehen wir die Öffentlichkeitsarbeit. Hier wird es Zeitungsanzeigen, Informationsveranstaltungen und Gespräche mit Kommunalpolitikern und höheren zuständigen Stellen geben.

G.A.: Haben sich die Erwartungen, die Ihr in die bäuerliche Notgemeinschaft gesteckt habt, erfüllt?

H.W.: Nach bisher vier Wochen zeigt sich, das wir mit relativ wenig Mitteln viel Zuspruch gefunden haben. Bereits bei dem ersten Treffen sind annährend alle Anwesenden als Mitgleider beigetreten. Die Mitgliederzahl wächst laufend.

G.A.: Wie stellt Ihr euch Eure Zusammenarbeit mit anderen Atomgegnergruppen vor (BI Lüchow-Dannenberg, GLU, Gorleben Frauen, andere Bürgerinitiativen)?

H.W.: Grundsätzlich sollen keine Parteibarrieren aufgebaut werden. Die Zusammenarbeit, soweit es unseren Zielen und Grundsätzen entspricht, ist grundsätzlich immer möglich. Wir freuen uns, daß auf allen Ebenen gegen die Atomenergie Stellung bezogen wird. Wir wollen dabei die speziellen Probleme der Landwirtschaft und der gesamten Wirtschaft dieses Kreises in den Vordergrund stellen.

G.A.: Welche Wirkung haben die Bauern Prozesse bei euch hinterlassen?

H.W.: Die Gerichtsentscheidungen haben nicht dazu geführt, daß wir resignieren und grundsätzlich tatenlos zusehen wie unsere Heimat rücksichtslos umgekrempelt wird und zur größten Gefahrenzone der Welt wird. Wir werden uns auch weiterhin gegen Planung und Bau dieser Anlage zur Wehr setzen.

G.A.: Inwieweit können Atomgegner aus dem Bundesgebiet euch bei den Prozessen unterstützen?

H.W.: Es ist wichtig, daß die Diskussion um den Verlauf und die Urteile der Prozesse über die Grenzen des Landkreises hinausgetragen werden. Atomgegner, die an Prozessen teilgenommen haben und sich längere Zeit in Lüchow-Dannenberg aufgehalten haben, können uns dadurch unterstützen, daß sie in ihren Heimatorten von den bei uns gesammelten Erfahrungen und Informationen berichten.

Bäuerliche Notgemeinschaft im Landkreis Lüchow-Dannenberg

Solange noch ein Grashalm wächst
in diesem Landkreis
und eine Kuh Milch gibt,
solange wird es auch Bauern geben,
die Widerstand leisten
gegen die Atomlobby
und bis zum letzten Zahn
ihre Scholle verteidigen.

Wir setzen uns für alternative Industrien und Technologien ein, die unserem Landkreis angepaßt sind, damit wir und unsere Nachkommen auch in Zukunft Bauern bleiben können.

DER VORSTAND

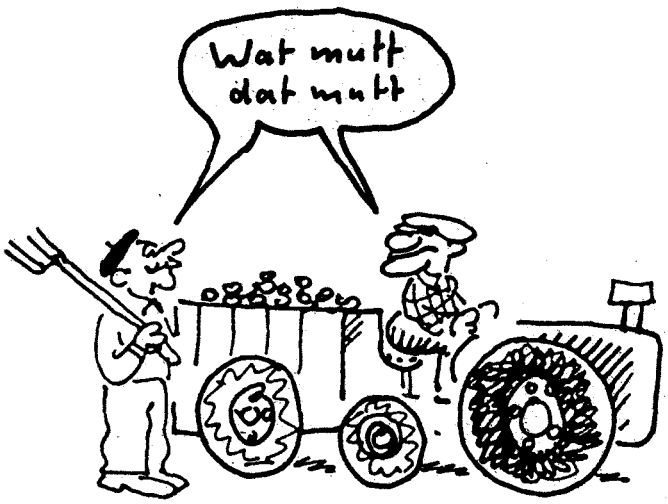
EJZ Donnerstag, 1. November 1979

Bäuerliche Notgemeinschaft im Landkreis Lüchow - Dannenberg

Die ersten Landwirte sind wegen ihres Widerstandes gegen „Gorleben" zu hohen Geldbußen verurteilt worden.

Wir haben uns bisher gemeinsam zur Wehr gesetzt und lassen uns auch in Zukunft nicht spalten.

Da die Organe unseres Kreisverbandes des Niedersächsischen Landvolkes in ihren Möglichkeiten begrenzt sind, unseren Kampf gegen „Gorleben" ernsthaft zu unterstützen und mitzutragen, haben wir eine Notgemeinschaft zur Wahrung der Interessen der Landwirte im Kreis Lüchow-Dannenberg gegründet.



Gorleben Bauern vor Gericht

Auf den Seiten 7-9 werden die Bauern Prozesse wegen der Mai Blockade vor dem Depot der Celler Brunnenbau in Lüchow zusammengefaßt.
Das gerichtliche Vorgehen gegen die Bauern kann im Zusammenhang mit einem schärferen und insgesamt wohl auch brutaleren Vorgehen der Polizei und des Bundesgrenzschutzes im Landkreis gegen bäuerliche Widerstandsaktionen gesehen werden.
Durch die Prozesse soll der Widerstandswille der Bauern eingeschüchtert werden und einige sogenannte "Rädelsführer" abgeurteilt werden.
Das Uelzener Gericht stellt die friedfertige und ohne Zwischenfälle verlaufene Blockade als "Gewalt" dar. Hierbei beruft sich das Gericht auf ein Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofes von 1969, als in Köln Demonstranten aus Protest gegen Fahrpreiserhöhungen durch einen Sitzstreik die Straßenbahn blockerten. Dieses sei als phsychischer also seelischer Druck zu werten, und das stelle "Gewalt" dar.
Hierzu eine Gegenüberstellung aus dem Schlußwort von Bauern Wiese, nicht er,(Wiese) gehöre auf die Anklagebank, sondern die Praktiken der DWK und das Vorgehen der Polizei und des Bundesgrenzschutzes.
Nachfolgend ein Überblick über den Verlauf der bisherigen Prozesse:

Am 12.10.1979 begann gegen Landwirte aus Lüchow-Dannenberg eine Prozeßserie vor dem Amtsgericht in Uelzen. Gegen insgesamt 24 Landwirte sind wegen der Blokcade des Celler-Brunnenbau Depots vom 14. - 16. 5.1979 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, 7 von ihnen wurden bisher angeklagt.
Hintergrund der Mai-Aktion war die von Ministerpräsident Albrecht vom 16.05.1979 angekündigte Regierungserklärung zum Gorleben-Projekt. Die Landwirte wollten mit ihrer Blockade Ernst Albrecht eine Entscheidungshilfe geben.
Von den 6 durchgeführten Strafverfahren führten 2 zu Freisprüchen, 4Landwirte wurden verurteilt.
Den Auftakt bildete das Verfahren gegen die Eheleute von Blottnitz. Beide machten von ihrem Reckt, keine Angaben zur Sache zu machen, Gebraucht, nutzten aber auch nicht die Chance zu Prozeßbeginn persönliche Erklärungen abzugeben. So konnten im gesamten Verlauf des Prozesses die gewichtigen politischen und existenzbedrohenden Hintergründe für ihre Aktionen nur unzureichend dargestellt werden. Man hätte den beiden bessere Berater und einen besseren Prozeß gewünscht. Herr von Blottnitz wurde wegen seines höheren Einkommens zu einer Geldstrafe von DM 4.500,--, seine Frau zu DM 300,-- verurteilt. In der Begründung seines Urteiles ließ Amtsrichter Ulmer die wichtigen Anlässe, die zur Blockade führten, völlig außeracht. Unter dem Motto: Wer mit seinem Trecker von zu Hause losgefahren ist und diesem vor dem Depot abgestellt hat, der hat damit auch Gewalt ausgeübt. Eine Nötigung mit Gewalt könne aber nicht hingenommen werden, deshalb seien die beiden Angeklagten zu bestrafen. Die Motive der beiden Angeklagten spielten für Amtsrichter Ulmer offensichtlich keine Rolle.
In den folgenden beiden Prozessen gegen die Landwirte Wiegreffe und Kruskopp jun. mußte das Gericht die beiden freisprechen. Trotz massiven Polizeiaufgebots während der Blockade und hunderter von Fotos, war die Staatsanwaltschaft nicht in der Lage, den beiden die Teilnahme an der Blockade zu beweisen. Gegen den Freispruch von Kruskopp jun. hat Staatsanwalt Müller Berufung eingelegt.
Landwirt Tietke und sein Kollege Wiese wurden verurteilt, wobei Wiese der Erste war, der seine Teilnahme an der Blockade nie in Frage stellte und freimütig über die Aktion berichtete. Er betonte, daß er für sich ein Widerstandsrecht in Anspruch nehme, ja in Anspruch nehmen müsse, um seine Existenz als Landwirt nicht zu verlieren. Richter Ulmer blieb unbeeindruckt, Nötigung mit Gewalt sei strafbar, Urteil: DM 750,-- Geldstrafe.
Vielleicht war es naiv zu glauben, daß Amtsrichter Ulmer sich auch mit der Frage befassen würde, warum die Angeklagten, die alle bisher noch nicht mit dem Gesetz in Konflikt gekommen waren, demonstriert haben. Er hätte erkennen müssen, daß die Gewalt nicht von den Angeklagten ausging und ausgeht, sondern von denen, die den Landkreis ohne Rücksicht auf die Bevölke rung zerstören, betonieren und vergiften wollen.
Richter Ulmer gab sich in den Verfahren unpolitisch. Das er aber politisch gehandelt hat und sich politisch hat benutzen lassen, steht außer Frage.

Blockade in Lüchow: Bauern aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg.

Zu Beginn des Jahres 1979 wurde der Geschäftsverteilungsplan des Amtsgerichtes Dannenberg geändert. Das Schöffengericht wurde nach Uelzen verlegt, nur Einzelrichtsachen werden noch in Dannenberg verhandelt. Unter diesen Umständen nimmt es nicht Wunder, daß die Anklagen in Uelzen, also außerhalb des Landkreises erhoben wurden. Die Begründung der Staatsanwaltschaft zeigt deren Rechtsstaatverständnis. Obwohl derartige Vorwürfe in der Regel vor dem Einzelrichter verhandelt würden, habe man Anklage in Uelzen beim Schöffengericht erhoben. Zum einen würde somit eine zu starke Solidarisierung vermieden, zum anderen sollten die Richter vor Ort aus der Schußlinie rausgehalten werden. So werde im übrigen ja auch mit der Polizei im Landkreis Lüchow-Dannenberg verfahren. Im Einsatz seien dort nur auswärtige Polizisten.
Richter Ulmer hat die Möglichkeit nicht genutzt, die Eröffnung der Hauptverfahren vor seinem Gericht abzulehnen. Karrieredenken und politische Willfährigkeit waren wohl seine übergeordneten Gesichtspunkte.

Seine Engstirnigkeit zog sich durch alle Verfahren. Die Betroffenheit der Angeklagten aufgrund ihrer vielfältigen Erfahrung mit Regierung, Betreibern und Politikern ließ er nicht gelten "für Fernziele darf man nicht demonstrieren", führt er in einer Urteilsbegründung aus. Die rabiaten Landkäufe der DWK und die damit verbundenen Wettbewerbsverzerrungen in der Landwirtschaft beeindruckten ihn nicht. Die Doppelzüngigkeit von Bundes- und Landesregierung, die zu einer ungeheuren Verunsicherung und Desorientierung bei den Betroffenen geführt hat, wollte er nicht wahrhaben. Formaljuristisch, eng und kalt klammerte er sich an seine Paragraphen, unfähig, die Dimension seiner Entscheidungen zu reflektieren.
Angetreten, den Widerstand im Landkreis im Keime zu ersticken, hat er das Gegenteil erreicht. Die Kluft zwischen bürgerlichem Rechtsempfinden und dem, was Juristen daraus machen, hat er weiter vertieft. Die Hoffnung auf Gerechtigkeit erstört. Die Landwirte sind mit diesen Erfahrungen enger zusammengerückt, die Solidarität hat sich verstärkt. Fazit: Die Justiz hat Ihr mit diesen Verfahren gestecktes Ziel nicht erreicht, der Widerstand geht weiter.

Ein Prozeßbeobachter

Gorleben Bauern vor Gericht

Am Fall des Bauern Tietke wollen wir die Vorgehensweise des Gerichts darstellen. Tietke machte von seinem Recht gebrauch sich durch Aussagen nicht selbst zu belasten. Deshalb machte er auch keine Angaben über seine Teilnahme oder nicht Teilnahme an der Blockade. Er gab eine mündliche Erklärung ab, in der er seine eigene Entwicklung und die des Gorlebener Widerstandes beschreibt. Wir drucken diese Erklärung und Auszüge aus der Urteilsbegründung ab. Von einer Kommentierung des Urteils sehen wir ab, sondern lassen das Urteil mit all seinen Ungeheuerlichkeiten für sich selbst sprechen.
Die Verurteilung Tietkes stützt sich allein auf die Aussagen einer Kripo-Beamtim, die ihm am Vatertag in betrunkenen Zustand in seiner Stammkneipe verhört hatte.
Das Urteil selbst haben wir in Abschnitte unterteilt und mit eigenen Überschriften versehen, der Rest ist Original.

Mündliche Erklärung von Bauer Ernst Eckhard Tietke vor dem Schöffengericht in Uelzen:

An den Anfang meiner Erklärung möchte ich ein Zitat stellen, das ich einem Schreiben, eines hohen Beamten des Landkreises, vor ziemlich genau 2 Jahren an die politisch Verantwortlichen entnommen habe: "Dieses Schreiben, das nur den - wenn auch wichtigen - Teilaspekt der Regionalplanung vor der Bauphase berücksichtigt, ist mir nicht leicht gefallen. Das vorgesehene "Entsorgungszentrum" belastet mich physisch und psychisch bis an den Rand des Erträglichen. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß hier ein Akt menschlicher Hybris vorliegt, dessen Scheitern genauso vorherzuberechnen ist, wie etwa das Scheitern des Rußlandfeldzuges 1941 vorauszusehen war. Dazu kommt der "regionale" Aspekt: die völlige Umkrempelung dieses Landkreises aus einem "ökologischen Paradies" in eine großtechnische Landschaft. Neben den unüberhörbaren Warnungen des Gewissens treten immen mehr Bedenken, inwieweit mein Beamteneid mit der Mitwirkung an der "Machbarkeit" dieses Projektes vereinbar ist. Schließlich geht es um den Schutz des Lebens, der Würde des Menschen und der Freiheit, die höchsten Güter des Grundgesetzes. Die Lösung des Konfliktes sehe ich in einer vorurteilsfreien Mitarbeit an der Wahrheitsfindung. Daran werde ich mitarbeiten, soweit meine Kraft und Gesundheit dies zuläßt."
Als das Problem der Standortsuche aufkam, verfolgte ich schon im Sommer 1976 die Geschehnisse im Lichtenmoor und Aschendorf-Hümmling.
Bei Standortbekanntgabe Gorleben war es für mich klar, das das Industrieprojekt, das größte und teuerste wäre, das es in Deutschland geben sollte. In der Folgezeit habe ich viele Informationsveranstaltungen sowohl von den Betreibern, wie von den Gegnern besucht. Je mehr Informationen ich bekam, desto unsicherer wurde ich.
Wissenschaftler von beiden Seiten behaupteten völlig gegenteilige Sachen. Im Frühjahr 1978 habe ich die Studie der KWA, Vorläufer der DWK, gelesen. Insbesondere die Auswirkungen der Wiederaufbereitungsanlage auf die Landwirtschaft, u.a. währe ein Siedlungsfreie Sicherheitszone von 6 km notwendig.
Ein Bereich in dem sich unser Hof befindet. Für mich wurde immer klarer, das ich das nicht hinnehmen kann. Immer mehr Berufskollegen kamen auch zu dem Schluß, das man sich wehren muß, wenn man seine Existenz nicht verlieren will.
Es wurde uns immer wieder versichert, das die endgültige Entscheidung über das Sorgenzentrum noch nicht gefallen sei, doch die DWK schaffte Tatsachen mit Mafia-Methoden.
Ein silberner Bus fuhr durch den Landkreis und informierte bei Bier und Korn darüber das der Entsorgungspark einem Naturpark gleichzsetzen sei. Meine Frage, warum der Schornstein 400 m. hoch sein muß, wenn doch alles so ungefährlich sein soll, wurde mir bis heute nich beantwortet.

Die Praktiken der DWK wurden besonders deutlich, als es Ostern 1978 mit den Landkäufen losging. Für abgebrannten Wald, der normalerweise 0,45 DM/qm kostete, sollten die Eigentümer 4,10 DM/qm erhalten. Durch die Androhung von Enteignung und setzen von kurzen Fristen wurden selbst eingefleischte Kernkraftgegner weich und verkauften aus Angst. Hinzu kam das private Wachkommandos der DWK, friedliche Bürger des Landkreises belästigten und bespitzelten. Die Art der Landkäufe kritisierte der niedersächsische Bundesratsminister Hässelmann dann als Spätkapitalische Methoden. Nacher ist gut Reden!
Schlimm war es für mich zu erfahren das der Grundstücksverkehrsausschuß, der auch mit Berufskollegen besetzt ist, entgegen gesetzlichen Bestimmungen, diesen Landkäufen zustimmte.
Die Auswirkungen der Landkäufe kamen promt, Berufskollegen die zufällig Eigentümer der abgebrannten Waldflächen waren und über Nacht zu viel Geld kamen, waren plötzlich den anderen überlegen.
In der Region stiegen die Grundstücks- und Pachtpreise erheblich an, da das Geld aus steuerlichen Gründen angelegt werden mußte.
Im Sommer 1978 wurde meine Meinung nach weiter bestätigt das das Programm der DWK meine Existenz über kurz oder lang vernichten würde.
Dankenswerterweise veröffentlichte die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg die Raumordnungsunterlagen der DWK, was diese unterlassen hatte und auch die Politiker die Bürger damit im unklaren ließ.
Jetzt war für mich klar, das neben der Gefahr der WAA auch noch der Landkreis in dem ich lebe und mich bislang wohl gefühlt habe zerstört wird. Um das zu erhalten, was hier ist, habe ich demonstriert und weitere Veranstaltungen besucht. Mit gleichgesinnten Bauern habe ich mich zusammen getan um unsere Interessen besser durchzusetzen.
Weitere Probleme brachte für uns die gefahrlose Endlagerung von Atommüll, die noch nirgends erprobt ist. Da Fehlerquellen nie auszuschließen sind, sind schreckliche Auswirkungen auf die Biosphäre zu erwarten.
Der Wissenschaftler Amalomson hat im Rahmen des Gorleben Hearings ausgeführt, das die Verglasung von radioaktiven Abfällen und deren Endlagerung noch nie im großen Maßstab durchgeführt worden sei. Die Machbarkeit ist nicht bewiesen. Das von den Betreibern gewählte Verfahren ist nach seiner Auffassung so:" Als wenn man bei einem Schützenwettbewerb erst einmal schießt, und hinterher die Kreise um einen Treffer auf die Scheiben malt, so das man immer ins Schwarze getroffen hat."
Dieses ist in der 2170 Seiten umfaßenden Niederschrift des Gorleben-Hearings auf Seite 1183 nachzulesen. Ich habe diesen Ausspruch nichts hinzuzufügen.

Eckhard Tietke

16.11.1979

Im Namen des Volkes

VERHOR IN DER KNEIPE

Der Teilnahme an der Blockade ist der Angeklagte durch die Aussage der Zeugin überführt. Die Zeugin Schellenberger, Kriminalbeamtin von Beruf, hat den Angeklagten am 24. Mai ("Vatertag") in einer Gaststätte in Gr. Breese vernommen. Der Angeklagte hat danach zwar die Aussage formell verweigert, der Zeugin jedoch mitgeteilt, daß der Traktor mit dem Kennzeichen DAN - E 615 auf den Namen seines Vaters zugelassen sei, er selbst damit jedoch an der Blockade teilgenommen habe. Nicht sein Vater sondern er sei damit gefahren.
Die Zeugin hat keinerlei Probleme, sich mit dem Angeklagten zu verständigen. Zwar hatte der Angeklagte zuvor mit unter anderem dem Zeugen Wernke Bier getrunken, jedoch zeigte er keinerlei Trunkenheitserscheinungen. Vielmehr machte er einen verständigen und nüchternen Eindruck auf die Zeugin. Das er etwa in der Freiheit seiner Willensentschließung und seiner Willensbetätigung durch vorangegangenen Alkoholgenuß beeinträchtigt gewesen wäre, konnte die Zeugin nicht feststellen.
Solches ließ sich auch nach der Vernehmung des Zeugen Wernke nicht feststellen. Dieser hat zwar bekundet, daß der Angeklagte und er zwischen 9.00 Uhr und 9.30 Uhr angefangen hätten zu trinken und daß sie bis 15.00 Uhr eine Zeche von ca. 25.-- bis 30.-- DM jeder gemacht hätten. Im wesentlichen sei Bier und Korn, rundenweise, getrunken worden. Er, der Zeuge Wernke jedenfalls sei erheblich betrunken gewesen und daraus schließe er, das dies auch bei dem Angeklagten der Fall gewesen wäre.

DAS AUFFAHREN DER TRAKTOREN IST GEWALT

Die gesamte Blockade des Bohrdepots der Celler Brunnenbau stellt eine Nötigung im Sinne des § 240 STGB dar. Danach macht sich strafbar, wer einen anderen mit Gewalt zu einer Unterlassung nötigt.
Die Tathandlung ist die Ausübung von Gewalt. Die Tathandlung ist hier das Auffahren der Traktoren mit dem Ziel, die CB zu veranlassen, die Ausfahrt der Bohrgeräte zu unterlassen. Dies ist Gewalt im Sinne des § 240 STGB. Ein anderer Zweck für die Auffahrt der Traktoren ist nicht ersichtlich und es wäre lebensfremd, anzunehmen, daß die Traktoren aus anderen Gründen derart aufgestellt worden sind, wie oben festgestellt.
Gewalt braucht nicht unüberwindlich zu sein.
Die bedrohliche Auffahrt der Traktoren in großer Zahl zwingt einen vernünftigen Menschen dazu, von Gegenwehr abstand zu nehmen. Dabei kommt es eben nicht darauf an, ob diese tatsächlich erfolgversprechend gewesen wäre. Deshalb ist es auch ohne Bedeutung, auf welche Art und Weise die Traktoren hätten entfernt werden können und ob diese auf Aufforderung weggefahren worden wäre. Es steht fest, daß eine solche Aufforderung nicht ergangen ist.

DER BÜRGER HAT KEIN RECHT GEHÖRT ZU WERDEN

Ein solcher besonderer Umstand ist nicht, daß die die Blockade ausübenden Landwirte auf diese Art und Weise erzwingen wollten, daß ihre Meinung zum Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben gehört würde. Ein solches allgemeines Recht, gehört zu werden, kann nicht anerkannt werden. Eine Rechtspflicht zum Gehör besteht von Verfassungswegen nur in gerichtlichen Verfahren und im übrigen nur, soweit es gesetzlich vorgeschrieben ist. Solches ist nicht ersichtlich. Ein allgemeines verfassungsmäßiges Recht des Bürgers von sämtlichen öffentlichen Stellen und Behörden vor jeglicher Maßnahme gehört zu werden, die den einzelnen oder die seine Interessen wahrnehmende Organisation in diesen Interessen berührt, existiert nicht und kann auch gar nicht wünschenswert sein, weil dadurch die Tätigkeit der Organe von Gesetzgebung und Verwaltung in ganz unerträglicher Weise erschwert und zum Nachteil des Ganzen behindert würde (BGH a.a.O. S.55).

KEIN DEMONSTRATIONSRECHT KEIN RECHT AUF FREIE MEINUNGSÄUßERUNG

Die Nötigung ist auch nicht durch das Demonstrationsrecht oder das Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 5 5 und 8 Grundgesetz) rechtmäßig. Die Anerkennung eines Demonstrationsrechts, das die objektive Verwirklichung eines Straftatbestandes ein schließt, ist abwägig. Niemand ist berechtigt, tätlich in die Rechte anderer einzugreifen, insbesondere Gewalt zu üben, um auf diese Weise die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erregen und eigenen Interessen oder Auffassungen Geltung zu verschaffen. Der von der Verfassung gewährte Spielraum für die Auseinandersetzung mit Worten duldet keine Erweiterung auf tätliches Verhalten. Daran ändert auch nichts, wenn solches von einer Gruppe begangen wird. Auch das Grundrecht aus Art. 8 des Grundgesetzes, das allen Deutschen gewährt, sich friedlich und ohne Waffen auch unter freiem Himmel zu versammeln, eröffnet keine Betrachtungsweise. Aus dem Recht zur friedlichen Versammlung kann kein Recht zu unfriedlicher Demonstration hergeleitet werden.
In welchem Maße Behinderungen Dritter hinzunehmen sind, die sich als Nebenfolge einer friedlichen Demonstration ergeben, hat das Gericht nicht zu entscheiden. Hier ist die Behinderung der CB gerade zum Ziel und Zwick einer öffentlichen Aktion gemacht worden, die damit einen unfriedlichen Charakter gewonnen hat und nicht mehr der Garantie des Art. 8 Abs. 1 Grundgesetz teilhaftig werden kann (BGH a.a.O. s. 57).

KEIN RECHT AUF WIDERSTAND (?)

Auch allgemeine Rechtfertigungsgründe sind nicht ersichtlich. Weder handelten die Blockadeteilnehmer in Notwehr, noch können sie sich auf einen rechtfertigendem Notstand berufen. Insoweit fehlt es an einem gegenwärtigen Angriff auf irgendein Rechtsgut der Blockadeteilnehmer. Auch auf das Widerstandsrecht aus Art. 20 ABS. 4 des Grundgesetzes können die Blockadeteilnehmer sich nicht berufen. Es ist abwägig, anzunehmen, daß durch die Vorbereitungen und Untersuchungen für den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage für nukleare Brennstäbe, die aufgrund und unter Kontrolle der dafür verfassungsmäßig bestimmten Organe des öffentlichen Rechts unternommen werden, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland beseitigt zu werden droht.

KEIN VERBOTSIRRTUM

Der Angeklagte selbst kann sich nicht auf einen entschuldigenden Verbotsirrtum gem. § 17 STGB berufen. Dabei kann dahingestellt bleiben, ob der Irrtum über die Rechtswidrigkeit einer Nötigung ein Verbot zu der Tatbestandsirrtum ist. Das Gericht ist zwar davon überzeugt, daß der Angeklagte bei Begehung der Tat kein Unrechtsbewußtsein hatte. Dabei hat das Gericht die ablehnende Haltung der Landwirte insgesamt gegenüber der Wiederaufbereitungsanlage und die allgemeine Unsicherheit im Landkreis Lüchow-Dannenberg wegen des geplanten Baus der Wiederaufbereitungsanlage berücksichtigt. Das Gericht geht davon, daß der Angeklagte aufgrund der ihm zur Verfügung stehenden Informationen sich bedroht gefühlt hatte und keinerlei Vertrauen mehr in die Rechtsmäßigkeit der Tätigkeit der Genehmigungsbehörden für den Bau der Wiederaufbereitungsanlage hatte. Überdies fühlte er sich in seinen Existentiellen Grundlagen berührt. Alles dies hat ihm eine nüchterne Überlegung zu der Frage, ob sein Verhalten rechtmäßig sei oder nicht, verwahrt. Dies kann den Angeklagten jedoch nicht derart entlasten, daß davon auszugehen wäre, daß sein Irrtum über die Rechtmäßigkeit seines Handelns entschuldigt wäre. Vielmehr ist davon auszugehen, daß der Angeklagte bei gehöriger Gewissensanstrengung durchaus in der Lage gewesen wäre, durch vernünftige und sachgemäße Überlegung zu dem Ergebnis zu kommen, daß sein Verhalten rechtswidrig war.

BLOCKADE WAR FRIEDFERTIG

Zu Gunsten des Angeklagten war auch zu werten, daß die gesamte Blockade im wesentlichen friedfertig ablief. Dies entsprach auch Plan, Ziel und Zweck der Blockade.
Unter Berücksichtigung insbesondere dieser Umstände erschien eine Geldstrafe als ausreichend. Diese wurde für den Angeklagten mit 10 Tagessätzen als angemessen angesehen. Mit der Verhängung einer derart niedrigen Strafe ist das Gericht an der unteren Grenze des gesetzlichen Strafrahmens, der von 5 Tagessätzen Geldstrafe bis zu einer Freiheitsstrafe von 3, in besonders schweren Fällen von 5 Jahren reicht, geblieben.

Lilo Wollny (Vietze) über die Gorleben-Frauen und die Situation im Landkreis

DIE GORLEBEN FRAUEN!

Die "Gorleben Frauen" ist eine Gruppe, die es eigentlich gar nicht gibt. Es gibt keine "Vorsitzende", kein Statut und keinen Beitrag. Es sind Frauen, die besorgt sind wegen der Atompläne und die entschlossen sind sich dagegen zu wehren. Wir, d.h. die Frauen in der BI hatten schon oft den Gedanken geäußert, wir müßten mal etwas unter Frauen machen, das blieb aber solange nur Gerede bis Rose Fenselau aus Vietze endlich die Initative ergriff und zu einem Treffen der aktiven Frauen einlud. Es kamen über 20 Frauen.
Es war eine wunderbar erholsame Sache, obgleich sehr ernsthaft diskutiert wurde. Die Stimmung war entspannt, manche hatte Sorgen und Probleme über die gesprochen wurde. Wir stellten fest, daß es viel einfacher war, ohne Männer zu distutieren, obleich es ungerecht wäre zu sagen, daß wir bei gemeinsamen Sitzungen nicht zu Wort kämen oder uns unterdrückt fühlten. Als wir uns trennten, beschlossen wir, diese Treffen regelmäßig zu wiederholen. So ist es geblieben und seither sind die meisten Aktionen der letzten Zeit von uns Frauen geplant und durchgeführt worden. Inzwischen sind etwa 40 Frauen dabei, sie sind zwischen 20 und 60 Jahrealt und durchaus nicht alle in der BI. Es kommen auch bei jedem Treffen neue Frauen dazu. Wir haben uns das Motto gegeben "Frauen kämpfen für das Leben", weil wir der Meinung sind, daß es höchste Zeit ist etwas zu tun, damit die Spezies Mensch nicht den Weg der Saurier geht und eines Tages den ausgestorbenen Tieren zu zurechnen ist.
Ich beschreibe das absichtlich so tierisch, weil ich damit klar machen will, dass der Mensch auch nur ein Teil der Natur ist, die ja Schritt für Schritt zerstört wird. Es ist aber in der Natur so, daß es immer die Weibchen sind, die für ihre Brut kämpfen, deshalb ist es nur natürlich und selbstverständlich, daß gerade die Frauen heute aufstehen und sich wehren. Schließlich geht es um die Zukunft unserer Kinder.
Um diesen Zusammenhang zwischen der Erde als Mutter allen Lebens und den Frauen als Trägerinnen des neuen Lebens klarzumachen, hatten wir den Erntedanktag gewählt für unsere Tagesaktion in Dannenberg. Im Gegensatz zu dem was die EJZ zu der Unternehmung schrieb, konnten wir sehr viele Frauen ansprechen. Wir unterstützen auch den Aufruf der "Grünen Frauen" Niedersachsens zum Geburtenstreik und bereiten mit Ihnen gemeinsam die große internationale Frauendemo vor, die im nächsten Jahr zu Ostern hier stattfinden soll.
Natürlich arbeiten wir nach wie vor in der BI, die ihre Hauptarbeit im Augenblick darin sieht, Bevölkerung und Politiker über das Zwischenlager zu informieren. Bei der Gelegenheit möchte ich ganz gerne mal erklären, daß unsere BI durchaus nicht "heillos zerstritten" und aktionsunfähig ist, wie mir neulich in Hamburg jemand erzählte. Sicher hat es in letzter Zeit Mißverständnisse und Diskussionen gegeben. Es ging um die berühmt berüchtigte Distanzierungsgeschichte, die viele Leute von außerhalb aber auch bei uns so erregt hat. Vielleicht gelingt es mir, da einiges gerade zu rücken. Natürlich kann ich nur meine eigene Meinung sagen. Aber immerhin beruht sie auf z.T. leidvoller Erfahrungen und endlosen Diskussionen. Unsere BI ist genau das, was der Begriff sagt: eine BÜRGERinitiative. Sie konnte viele ihrer Mitglieder nur gewinnen, weil sie Gewaltlosigkeit auf Ihre Fahnen geschrieben hat. Außerdem wird sie vom größten Teil der Bevölkerung, vor allem in den Dörfern unterstützt und getragen.
Das Leben in unserem Kreis verläuft seit Hunderten von Jahren in den gleichen ungestörten Bahnen. Wir haben vom letzten Krieg nicht viel mitbekommen, wir haben die Nachkriegszeit ganz gut überstanden, wir haben aber auch nichts mitgekriegt vom Wiederaufbau, von Wirtschaftswunder, von der totalen Industriealisierung mit all ihren negativen Folgen wie Fremdarbeiterproblem, Anstieg von Gewalt und Kriminalität, Drogen, Alkohol, Rockern und der allgemeinen Verrohrung des Alltagslebens. Deshalb ist die Schwelle dessen was anständig oder anstössig, was Recht oder Unrecht ist auf dem Stand wie vor grauer Vorzeit. Ich möchte damit nicht sagen, daß dies Rückständigkeit bedeutet, sondern es ist eines der Dinge, die ich zumindest verteidigen möchte. Denn es lebt sich gut in einer solchen Umgebung. Ich bin der Überzeugung, daß die Angst davor, dieses Leben aufgeben zu müssen, der Hauptgrund ist, weswegen uns so viele Leute unterstützen. Sicher werden jetzt eine Menge Leute sagen: "Scheiß auf die Bevölkerung, die hinterm Ofen sitzt und sich sowieso nicht rührt". Ich habe genauso gedacht und viele von uns, die bei der Abholzaktion dabei waren auch. Als ich an dem Tage völlig fertig und aufgeregt nach hause fuhr und sah, wie die Leute in den Dörfern ihrem gewohnten Trott nachgingen und keine Ahnung hatten, habe ich gesagt: "Ich rate keinem mich nochmal als Einheimische zu bezeichnen, ab heute gehöre ich zu den anderen!" Und so habe ich mich in den folgenden Wochen auch verhalten. Als dann die Zeit der Hauptaktionen und ewigen Plenen vorbei war, fing ich an, wieder mit Leuten aus dem Dorf zu reden, vielmehr ich hätte es gern getan - nur - es sprach niemand mehr mit mir oder verabschiedete sich sehr schnell , wenn er nicht ganz unhöflich sein wollte.
Als ich in Gatow auf einige alte Freunde zuging, wurde mir gesagt:"Nimm bloß die Plakette ab, sonst können wir uns nicht mit dir auf der Straße stehen." Ich war ganz schön geschockt, das könnt Ihr mir glauben. Diese Leute waren bisher immer unserer Ansicht gewesen. So entstand der vielbeschriebene Distanzierungsdruck.
Daß die Institutionen den Braten ebenfalls rochen und nun ihrerseits in die Kerbe hauten, geschah zu dem Zweck, uns von der Bevölkerung zu isolieren und auch von den bürgerlichen Teilen der Organisation. An dem was dann kam, war ich nicht beteiligt, und ich war auch nicht glücklich darüber, aber in der Bevölkerung hat es unsere Position gestärkt.
Es ist eben wirklich leichter, für ein paar Wochen in den Landkreis und dann wieder nach hause zu fahren, als hier zu leben. Hier ist eben niemand anonym, und das ist ja auch schön, nur muß man dann eben Rücksicht nehmen, auch wenn es manchmal schwer ist.

DAS VERHÄLTNIS ZU AUSWÄRTIGEN

Sie bringen Unruhe in die heile Welt, Unordnung in die gewohnte Ordnung. Pauschalurteile, wie Nichtstuer, Gammler usw. sind da schnell bei der Hand. Und wieder mal stehen wir da zwischen den Fronten. Ich glaube und verstehe es auch als eine meiner Aufgaben,hier vermittelnd zu wirken. Schwierig wird es, wenn Leute an einem Standpunkt stur festhalten, der hier so nicht zu vertreten ist. Ich finde, wenn es ihnen wirklich um die Sache geht, können sie nicht auf einem selbstgebauten Podest hoch über allen anderen tronen. Wenn sie Leute zu sich heraufziehen wollen, müssen sie drei Stufen heruntersteigen, dann werden die "normalen Menschen" ihnen zwei Stufen entgegenkommen.
Ich halte es für das wichtigste Ziel immer mehr Menschen auf unsere Seite zu bekommen. Wenn jede BI sagen könnte, wir haben 20.000 Leute auf unserer Seite , dann ständen wir ganz schön stark da. Daran sollten wir arbeiten. Jeder an seinem Platz, dann wird nicht nur Gorleben leben, sondern wir alle.

Mit kämpferischem Gruss, Lilo.

Zwischenlager in Gorleben ? Niemals !

Die Regierenden haben ihre Entscheidung bereits getroffen: Gorleben soll der niedersächsische Zwischenlagerstandort werden. Hier sollen 1500 Tonnen (lt. "Rundblick") bzw., wenn es nach dem Willen des CDU-Abgeordneten Grill geht, 3000 Tonnen hochverseuchte Brennelemente lagern. Allein für 130 Mio. DM soll das bisher unberührte Gelände "erschlossen" werden, 750 Mio. DM betragen die Investitionskosten.
Der Hinweis der DWK, an anderen Standorten bereits erschlossene Gelände vorzufinden wird ebenso aus dem Wind geschlagen, wie der mit über 20.000 Unterschriften dokumentierte Wille der Lüchow-Dannenberger Bevölkerung, Atomanlagen im Landkreis generell abzulehnen. Für die Regierenden zählt nur eines: die vorprogrammierte Katastrophe in Kauf nehmen, um mit aller Macht das Atomprogramm ausbauen zu können.
Was heißt überhaupt "Zwischenlager"?
Solange es einer göttlichen Fügung überlassen bleibt, ob überhaupt jemals ein Endlager- bzw. Aufarbeitungskonzept gefunden wird, ist der geplante Plutoniumschrottplatz nicht Zwischen- sondern Endstation. Der Begriff "Zwischenlager" ist ebenso verharmlosend wie der Begriff "Entsorgungspark".
Wenn man dem CDU-Fraktionsvorsitzendem im Kreistag Glauben schenkt (aber wer tut das noch...) sollen in Lüchow-Dannenberg 880 Mio. DM angelegt werden, um 100 (anfangs hieß es 300) Arbeitsplätze zu schaffen. Die tatsächlichen Gründe für die Standortentscheidung Lüchow-Dannenberg wagte bisher keine kein Kreistagspolitiker beim Namen zu nennen:

- Nach wie vor träumt die Atommafia von dem großen Entsorgungszentrum in Lüchow-Dannenberg. Albrecht hat bereits seine "Erwartung" geäußert, daß der Salzstock sicher ist - die DWK ihre "Hoffnung", in Gorleben doch noch eine WAA errichten zu können.(s.u.)
- andere Standorte kommen nicht in Frage, besteht doch die Gefahr, daß auch in anderen Regionen die Bevölkerung aufwacht und merkt, wie es mit ihrer und unserer Demokratie bestellt ist.(s.u.)

Das bedeutet: hier haben "politische Erwägungen" ganz eindeutig Vorrang vor der von Albrecht so gerne zitierten "Sicherheit unserer Bevölkerung".

DWK: Aufarbeitung in Gorleben ist nicht ausgeschlossen

Eigener Bericht
vdB. Hannover

Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) baut darauf, in Gorleben doch eine Wiederaufarbeitungsanlage errichten zu können. Ein DWK-Sprecher begründete diese Hoffnung am Dienstag mit dem Hinweis auf das Ergebnis des Gesprächs der Ministerpräsidenten mit Bundeskanzler Helmut Schmidt.

In der jetzt vorliegenden schriftlichen Fassung der am 28. September in Bonn getroffenen Vereinbarung heißt es, das deutsche Atommüllendlager solle – wenn der Salzstock dies zulasse – bei Gorleben eingerichtet werden. Die Arbeiten zur Verwirklichung des integrierten Entsorgungskonzepts (Wiederaufarbeitung und Endlager an einem Standort) sollten fortgesetzt werden. Überdies wurde beschlossen, die „oberirdischen Fabrikationsanlagen für die eine oder andere Entsorgungstechnik" zum Ende der neunziger Jahre betriebsbereit zu machen.

Die Wiederaufarbeitung in Gorleben wird im Gegensatz zur Darstellung von Ministerpräsident Ernst Albrecht in dem schriftlich festgehaltenen Beschluß der Regierungschefs nicht ausdrücklich ausgeschlossen.

EJZ 24.10.79

"Selbstverständlich haben politische Erwägungen Vorrang vor der Sicherheit unserer Bevölkerung..."

Albrecht sprach sich aus politischen Gründen dagegen aus, neben dem Salzstock Gorleben auch schon Granitlager auf ihre Eignung als mögliches Endlager für Atommüll zu untersuchen

EJZ 16.10.79

Für die DWK ist Gorleben als Standort eines Zwischenlagers auch deshalb interessant, weil sie hier im Besitz von geeigneten Flächen für ein derartiges Depot ist. Unter den Standorten, die gegenwärtig untersucht werden, befinden sich nach Angaben des Sprechers aber auch bereits erschlossene Industrie- und Gewerbegebiete. Die Entscheidung für ein Zwischenlager sei jedoch nach Auffassung des Unternehmens rein politisch.

EJZ 17.10.79

Der Widerstand gegen das geplante Zwischenlager ist bisher noch nicht Recht in Schwung gekommen. Die bisherigen Stellungnahmen der Atomgegner im Landkreis zielen ausnahmslos darauf ab, erstmal Zeit zu gewinnen.(S.S.13)Die Aufklärungsarbeit über das ungeheure Gefahrenpotential eines Zwischenlagers(s. S.14) hat erst begonnen. Eine 8-seitige Aufklärungsbroschüre (herausgegeben von der BI, der GLU, der "Rechtshilfe-AG", der bäuerlichen "Notgemeinschaft" und der "Gesellschaft für Umweltfragen und Naturschutz") wird am 16. 12. der Elbe-Jeetzel-Zeitung beiliegen. Besonders die Kreistagspolitiker gehören massiv unter Druck gesetzt: von ihrer (bereits angekündigten) Zustimmung versprach Albrecht seine Standortwahl abhängig zu machen...

Gorleben soll das 1. Zwischenlager erhalten

Das niedersächsische Zwischenlager wird den Umständen nach als erstes betriebsbereit sein müssen. Es muß etwa 1984 benutzbar sein, um allen Entsorgungsrisiken, die denkbar sind, vorzubeugen. Damit ist nicht mehr viel Zeit, um von der Bereitschaft, ein Zwischenlager aufzunehmen, zur konkreten Nennung eines Standorts überzugehen. Er wird den Umständen nach in Gorleben sein müssen. Die CDU-Mehrheit des dort zuständigen Kreistags ist dafür. Die SPD-Minderheit hat angekündigt, daß sie sich in die Ecke stellen will, was bedauerlich schon deshalb ist, weil etwas mehr Verantwortungsinn zu einem anderen Ergebnis hätte führen können und sollen.

Aber in Wahrheit ist es ja nicht der Kreistag, der über das Zwischenlager zu entscheiden hat. Im Wort ist die Landesregierung, und sie wird bei vernünftiger Abwägung auf nichts anderes als Gorleben kommen können. Würde sie das nicht tun, so würden andere Standorte ins Gerede kommen, die von der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung (DKW) hinreichend auf Vorrat gesammelt zu sein scheinen.

Rundblick v. 1.11.79

Albrecht: Ja – wenn Lüchow-Dannenberg will

p.s. **Hannover**

Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht (CDU) ist aufgeschlossen für den Vorstoß des Vorstands der Lüchow-Dannenberger CDU-Kreistagsfraktion, das geplante Zwischenlager für Atommüll aus strukturpolitischen Gründen in Gorleben zu errichten. Nach der Rückkehr von seiner USA-Reise sagte er gestern in Hannover, die Landesregierung sei bereit, sich dafür einzusetzen, wenn der Landkreis dies mit sehr deutlicher Mehrheit wünsche. Die gewählten Vertreter der Lüchow-Dannenberger Bevölkerung müßten aber klar sagen, ob sie das Zwischenlager wollten oder nicht.

HAZ v. 16.10.79

Die „Volksvertreter" bewähren sich

Nur wenn eine überwiegende Mehrheit der gewählten politischen Vertreter im Kreis Lüchow-Dannenberg dieses Zwischenlager ausdrücklich wünsche, werde die Landesregierung den Standort Gorleben für ein solches Lager in Erwägung ziehen. . . . versicherte Ministerpräsident Albrecht am 6. Oktober 1979 in Lüchow

Bereits 6 Tage später waren sich die Spitzenpolitiker beider Parteien einig, daß Lüchow-Dannenberg ein Zwischenlager braucht-wie sich die"überwiegende Mehrheit"entscheidet,wird nicht zuletzt davon abhängen,von welcher Seite der grössere "Druck" erzeugt wird...

CDU-Kommunalpolitiker wollen Zwischenlager in Gorleben

Vorstoß aus Lüchow-Dannenberg

Eigener Bericht
ps/vdB. **Hannover**

Die Kommunalpolitiker der CDU im niedersächsischen Landkreis Lüchow-Dannenberg befürworten die Errichtung eines Zwischenlagers für Atommüll in Gorleben. Diesen nicht unerwarteten Beschluß des Vorstands der Lüchow-Dannenberger CDU-Kreistagsfraktion hat der CDU-Landtagsabgeordnete Grill am Freitag in Hannover bekanntgegeben.

Das Verhandlungskonzept, das jetzt offenbar um den Zwischenlagervorschlag erweitert wird, soll mit den Lüchow-Dannenberger SPD-Kommunalpolitikern abgesprochen sein. Sie dürften unter weiteren Druck der Parteibasis geraten, zumal sich mehrere SPD-Ortsvereine im Kreisgebiet gegen jede weitere Nutzung der Kernenergie ausgesprochen haben.

HAZ v. 13.10.79

„Die Absage der SPD an ein Zwischenlager ist eine Vorspiegelung falscher Tatsachen", erklärte Grill und wies darauf hin, daß noch am 13. Oktober die Frankfurter Rundschau unter Berufung auf einen SPD-Sprecher in Hannover gemeldet habe, die Lüchow-Dannenberger SPD-Kreistagsfraktion habe sich mit Mehrheit für ein Zwischenlager in Lüchow-Dannenberg ausgesprochen.

EJZ vom 24.10.79

Wer lügt am besten?

Norbert Fischer ?

Bei dieser deutlichen Art der Entkopplung des nuklearen Entsorgungskonzepts will Norbert Fischer sich für ein Zwischenlager im Kreis Lüchow-Dannenberg einsetzen und die Diskussion unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Belebung dieser Region führen, denn die Finanzkraft des Kreises und seine Infrastruktur könnten auf Dauer nur durch die Ansiedlung neuer Betriebe erhalten werden.

EJZ v. 17.10.79

Norbert Fischer wiederholte gestern, daß bei der Erörterung des Vorhabens eine räumliche Trennung von Endlager und Zwischenlager erwogen werden sollte. Er habe sich keineswegs fest für den „Standort Gorleben" ausgesprochen.

EJZ v. 16.10.79

Grill hatte u. a. erklärt, daß sich der Vorsitzende der Lüchow-Dannenberger CDU-Kreistagsfraktion, Norbert Fischer, für ein Zwischenlager „im Standort Gorleben" ausgesprochen habe und auch mit der Zustimmung aus der SPD-Kreistagsfraktion zu rechnen sei, nachdem eine Delegation des Kreistages am 16. Oktober mit dem Ministerpräsidenten, am 18. Oktober mit dem SPD-Oppositionsführer Ravens und am 8. November mit Bundeskanzler Schmidt gesprochen haben werde.

EJZ v. 16.10.79

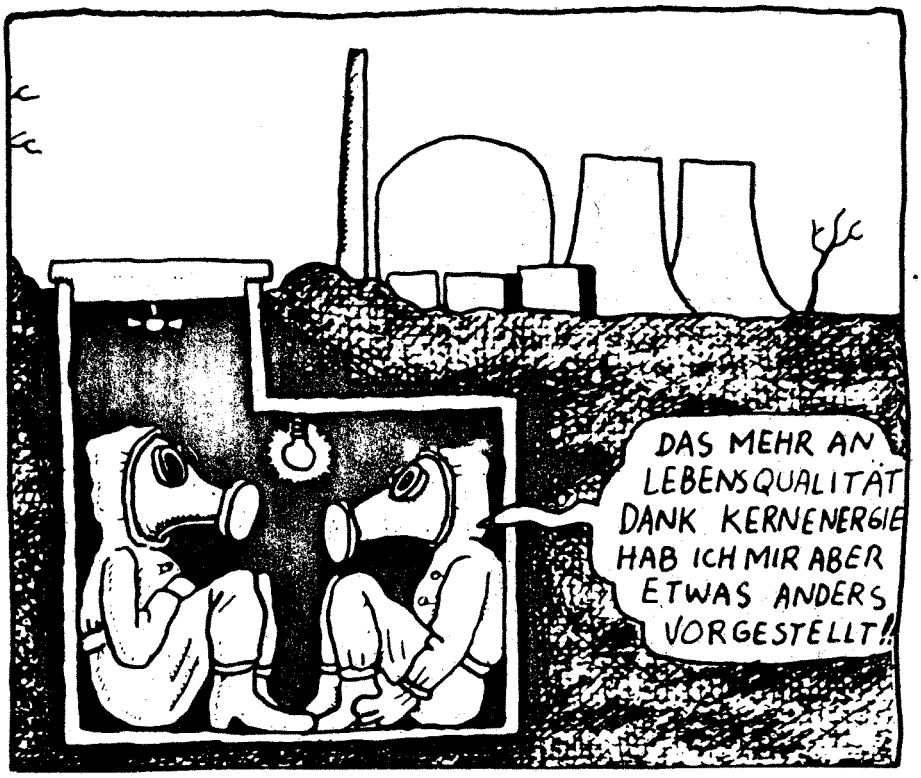
Schmidt sprach mit Lüchowern

(rb) Hannover.- Bundeskanzler Schmidt hat mit einer Delegation des Kreistages von Lüchow-Dannenberg Gespräche geführt über ein Zwischenlager in diesem Landkreis. Das teilte Schmidt auf dem SPD-Landesparteitag mit. Er sagte, die Delegation habe ihre Position mit "großer Standfestigkeit" vertreten. Offenbar hat sie auch ihre Erwartungen an den Bund für die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises genannt. Darüber soll ein interministerieller Ausschuß der Bundesregierung beraten. Schmidt sagte, die Lüchower Delegation sei in der Entsorgungsfrage "weniger beunruhigt als manche andere gewesen. Das hat mich sehr beruhigt". Die Delegation hatte vorher Gespräche mit Dr. Albrecht geführt.

Rundblick v. 22.11.79

Mit Speck fängt man Mäuse

"Strukturverbesserungen", "wirtschaftliche Vorteile" und "erhebliche staatliche Zuwendungen" - all dies wird den Bewohnern des Landkreises versprochen ... wenn sie sich das "Zwischen" - Lager vor die Tür setzen lassen.
Anders ausgedrückt: die Zustimmung zum "Zwischen" - und Endlager wird zur Voraussetzung für die Förderung des seit Jahrzehnten vernachlässigten Landkreises gemacht ("Entschädigungen"). Die Kommunalpolitiker wissen ganz genau, daß ein "Zwischen"lager allein betrachtet absolut keine strukturpolitischen Vorteile mit sich bringt und hoffen mit dieser (den Geschäftspraktiken der DWK abgeguckten) Erpressung die Zustimmung zum "Zwischen"lager erkaufen zu können:



Nutzen für Wirtschaft zugesagt

nt Hannover/Lüchow. **Sollte im Kreis Lüchow-Dannenberg ein Endlager für Atommüll und möglicherweise ein Zwischenlager für abgebrannte Kernbrennstäbe aus Atomkraftwerken entstehen, will sich Ministerpräsident Albrecht dafür einsetzen, daß dem Landkreis dadurch wirtschaftliche Vorteile erwachsen.**

Wie Regierungssprecher Hilmar von Poser nach einem Gespräch zwischen Regierungsvertretern und einer Delegation aus Lüchow-Dannenberg mitteilte, versicherte Albrecht, er werde sich dafür einsetzen, daß die Lager für den Landkreis wirtschaftlich interessant seien. So sollten die Betreiber- und Verwaltungsgesellschaften ihren Sitz im Landkreis haben, damit ihm die Gewerbesteuer zugute komme. Die zuständigen Ministerien sollten zudem Infrastrukturprojekte des Kreises möglichst positiv beurteilen.

EJZ 10.10.

-13-

Widerstand gegen Zwischenlager

820 Arbeitslose
gibt es im Landkreis. Wieviel davon bekommen durch ein
Zwischenlager
(Kosten 880 Millionen) tatsächlich Arbeit?
Wir würden mit
880 000 000 DM
für sanfte Energie und umweltfreundliche Technik mehr schaffen!
GLU

880 Millionen für ein Zwischenlager
Wenn wir wirklich „unterentwickelt" sind, dann trauen wir uns zu, mit 880 Millionen mehr Arbeitsplätze zu schaffen als die 100 Arbeitsplätze des Zwischenlagers.
GLU und BI Umweltschutz

880 Millionen für 1 Zwischenlager = 100 Arbeitsplätze.
Für 880 Millionen kann man
1 000 Arbeiter 22 Jahre
lang bezahlen.
BI Umweltschutz

Zwischenlager ins Palais Schaumburg – Endlager in den Bundestag – dann wird der Kanzler zum Schnellen Brüter!
H. Koch, Schmarsau

In der Atomindustrie werden überwiegend Auswärtige arbeiten.
Kein Zwischenlager
Förderung der mittelständischen Industrie vor Ort durch „sanfte" Energietechnik.
BI Umweltschutz

Lüchow. Der GLU-Kreisverband Lüchow-Dannenberg hat in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Gorleben-Kommission, Kurt-Dieter Grill, angeregt, eine oder mehrere Informations- und Diskussionsveranstaltungen zum Thema Zwischenlager durchzuführen. Die Mitglieder der Kommission sollten zum einen über Aufbau und Aufgaben eines Zwischenlagers unter Berücksichtigung der Vor- und Nachteile sowie der Risiken informieren, zum anderen darlegen, wieviel Arbeitsplätze mit dieser Anlage verbunden

EJZ 30.10.

Dieser Kreis braucht Frieden

BI warnt in Sachen Zwischenlager vor Eile — Appell an die Politiker

In einer Erklärung erinnerte BI-Sprecher Jörg Janning daran, daß Albrecht auf dem Niedersachsentag in Lüchow sagte, die Landesregierung habe nicht die Absicht, ein Zwischenlager für ausgediente Brennelemente aus Atomreaktoren nach Gorleben zu legen, es sei denn, daß eine überwiegende Mehrheit der gewählten politischen Vertreter im Kreis Lüchow-Dannenberg dieses Zwischenlager ausdrücklich wünsche. Unabhängig von den jeweiligen politischen Überzeugungen — so Janning — ist die BI der Auffassung, daß dieser Landkreis dringend darauf angewiesen ist, seinen Frieden wiederzufinden. Wörtlich heißt es: „Die Belastungen der letzten zweieinhalb Jahre nach der Standortbenennung Gorleben haben tiefe Spuren im Landkreis hinterlassen. Die Auseinandersetzungen darüber teilen nicht nur Städte- und Dorfgemeinschaften, sie gehen auch quer durch die Familien und bedeuten für viele Bürger eine nur schwer zu ertragende Belastung. Wer Verantwortung für diesen Landkreis übernommen hat, muß sich auch mit diesem Problem auseinandersetzen, muß Besonnenheit und Umsicht wieder herstellen und nicht übereilig neue Probleme hinzufügen."

Die Bürgerinitiative fordert in ihrer Erklärung dazu auf, in aller Ruhe einen Dialog unter den Bürgern über die Notwendigkeit eines Zwischenlagers im Kreis zu beginnen.

685 müssen unterschreiben

Lüchow. In einem Bürgerantrag an den Samtgemeinderat Lüchow wollen Jürgen Marquardt, Marianne Fritzen und Rudolf Schaeper erwirken, daß in einem Hearing über die Einrichtung eines atomaren Zwischenlagers im Bereich der Samtgemeinde beraten wird. Die Antragsteller berufen sich dabei auf den Paragraphen 22 a der Niedersächsischen Gemeindeordnung, nach dem der Rat einen Bürgerantrag dann behandeln muß, wenn eine bestimmte Anzahl von Bürgern der Gemeinde diesen Antrag namentlich unterstützt. Im Fall der Samtgemeinde Lüchow müßten 685 wahlberechtigte Einwohner unterschreiben. Einwohner einer Gemeinde ist, wer in dieser Gemeinde seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt hat, und Bürger der Gemeinde sind die zur Wahl des Rats berechtigten Einwohner.

EJZ 3.11.

IST EIN TROCKENLAGER SICHER?

Seit des "Gorleben-Hearings" ist die Rede von dieser angeblich "inhärent sicheren" und ganz "ungefährlichen" Möglichkeit der Brennelementelagerung.

Die geläufige Zwischenlagerkonzeption sieht ein "Naßlager" vor. Das bedeutet: die Brennelemente werden wassergekühlt. Hier ist die Katastrophe vorprogrammiert: wird für einige Stunden der Wasseraustausch unterbrochen, versiedet das Wasser wegen des ungeheuren in den Brennelementen enthaltenen Hitzepotentials. Die Brennelemente könnten zusammenschmelzen und eine unkontrollierbare Kettenreaktion auslösen.

Bei der Trockenlagerung werden die Brennelemente in massive Container gepackt und luftgekühlt. Die Luft bleibt ständig in Bewegung, da sie sich an den Containern aufwärmt und aufsteigt. Der Vorteil liegt auf der Hand: weder Wasser- noch Stromausfall, weder Pumpen- noch Ventilatorenschäden können die Kühlung beeinträchtigen.

Wir wollen aufzeigen, daß dieses Konzept dennoch alles andere als "sicher" und"ungefährlich" ist.

Ein Trockenlager besteht aus einem Lagergebäude sowie einer Reihe von Nebengebäuden. Im Lagergebäude gibt es eine Lagerabteilung(hier werden die gefüllten Container abgestellt), sowie eine "Verpackungsabteilung" (hier werden die Brennelemente "lagerfertig" und - falls eine göttliche Fügung das Problem der WAA und Endlagerung lösen sollte- wieder abtransportfähig gemacht. Der technische Ablauf sieht so aus:

1. In Transportbehältern werden die Brennelementebündel durch eine Schleuse in die "Verpackungsabteilung" gebracht. Dort werden sie ausgeladen und in eine sogenannte Lagerbüchse umgeladen. Dies ist nötig, da die Transportbehälter teurer sind und überflüssige Teile wie Stoßdämpfer, Transporthalterungen etc. haben bzw. bestimmten Anforderungen nicht genügen.

G E F A H R E N : Das Umpacken der Brennelemente ist ein Spiel mit dem Tod. Das radioaktive Inventar eines Behälters kann mit der Radioaktivität von ungefähr 10 Hiroschima-Bomben verglichen werden. Hinzu kommt, daß die Brennelementehüllen teilweise undicht sind (Materialschäden, bzw. -ermüdung)und innerhalb dieser Hüllen ein Druck von 120 bar aufgestaut wurde. Da die "Verpackungsabteilung" dicht abgeschlossen ist, müssen dort zur Kühlung herkömmliche Kühlanlagen eingesetzt werden. Es ist bekannt, daß es 100%ig abgeschlossene Abteilungen nicht gibt, sodaß mit radioaktiven Emmissionen in die Umgebung gerechnet werden muß.

2. Die Lagerbüchsen müssen nach dem "Verpacken" verschlossen werden. Wie dies geschehen soll ist bisher völlig unklar. So gibt es den Vorschlag, die Büchsen nach dem Einfüllen zuzuschweißen, um sie nach 20 oder mehr Jahren wieder aufzusägen. Abgesehen davon, daß die Dichtigkeit der Schweißnaht nicht überprübar wäre, hieße das, daß die Brennelemente über mehrere Jahrzehnte hinweg nicht kontrollierbar wären.

Die Alternative zum Einschweißen ist das Verpacken in eine Lagerbüchse, die einen Deckel zum Zuschrauben hat. Die notwendige Dichtung zwischen Deckel und Hauptteil würde jedoch wegen der Strahlung und Wärme außerordentlich schnell verschleißen. Dichtigkeit kann hier ebenfalls nicht gewährleistet werden.

DAMIT 1984 DIE BOMBEN NICHT AUSGEHEN!

G E F A H R E N : Die Probleme der Kontollierbarkeit der Brennelemente und der sicheren Abdichtung vor der Umwelt sind nicht zu lösen, ohne daß man das jeweils andere Problem nicht beachtet und ein Risiko eingeht. Insbesondere können sich diejenigen, die nach langer Lagerzeit eine Büchse zu öffnen haben, auf Überaschungen gefasst machen: die Hüllrohre der Brennelemente können durch Korrosion oder Wärmespannung zerstört sein, ebenso könnte sich während der Lagerzeit eine radioaktive oder (falls Wasserreste vorhanden) sogar mit explosiblem Wasserstoff angereicherte Atmosphäre in der Büchse entwickelt haben.

3. Mit einem Kran wird die verschlossene Lagerbüchse durch eine Schleuse in die "Lagerabteilung" gebracht. Diese besteht aus einer Anordnung von Fächern, in die die verschiedenen Lagerbüchsen gestellt werden. Diese Fächer müssen mechanisch so fest sein,daß sie die bis 100 Tonnen schweren Büchsen tragen können und auch bei einem Erdbeben nicht unter dieser Last zusammenbrechen.Andererseits müssen die Fächer möglichst viele und große Luftlöcher haben. Wenn nicht sehr große Luftmengen vorbeiströmen können, würden sich die Büchsen viel zu stark aufheizen. Erneut 2 Forderungen, die sich ins Gehege kommen, denn große Löcher mindern die Stabilität erheblich.

G E F A H R E N : Die Luftkühlung funktioniert nur so lange, solange Luft in die äußeren Kühlungsschlitze gelangen kann und solange die Luft kalt genug ist, um überhaupt kühlen zu können. Alles, was dies verhindert (z.B. langandauernde Brände, Verstopfung der Kühlschlitze etc.) kann zur Katastrophe führen. Zum anderen kann mit Luftkühlung durch Naturzug alles mögliche an korrosiven Stoffen, explosiblen Gasen, Tierschwärmen etc. in das Lagergebäude gelangen. Ein entscheidender Nachteil besteht darin, daß sich zwischen Brennelement und Außenwelt nur noch die Lagerbüchse als Radioaktivitätsbarriere befindet. Wenn diese aus irgendwelchen Gründen undicht wird, kann die vorbeistreichende Luft die Schadstoffe ideal in der Umgebung verteilen. Gegenmaßnahmen sind nahezu unmöglich: wird der Luftstrom aufgehalten, heizen sich sofort die Brennelemente bis zur möglichen Schmelzung auf. Auch unter Zuhilfenahme von Filtern würde der Luftwiderstand zu groß, als daß noch eigenständig eine ensprechende Luftströmung hergestellt werden könnte.

Doch einen V O R T E I L hat die Trockenlagerung:

"Der Geschäftsführer der Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (GWK) in Karlsruhe, Walter Schüller, teilte mit, nach seinen Berechnungen habe eine Trockenlagerung in Metallbehältern sogar den Vorteil, daß sie 'etwa die Hälfte von dem Flüssiglager kostet, mit all den Sicherheitsvorkehrungen, die noch nicht die letzte Sicherheit bieten würden.'"
(Frankfurter Rundschau v. 2.4.'79)

Alle technischen Angaben sind entnommen der Broschüre "Entsorgung im Eimer - oder die vorläufig endgültigen Zwischenendlager", herausgegeben von der "Technikgruppe der Aktionsgemeinschaft für Umweltschutz", Lauteschlägerstraße 24, 61 Darmstadt.
Sie ist sehr zu empfehlen und kann durch Einzahlung von 6 DM plus Porto auf das Konto Nr. 112004890, Mechthild Bill bei der Sparkasse Darmstadt (BLZ 50850150) bestellt werden.

„Der Salzstock ist ungeeignet“

Professor Grimmel untermauert seine Thesen gegen ein Atommüllager

Gorleben/Hamburg. Der Hamburrger Geomorphologe Professor Dr. E. Grimmel stellte in einer Pressekonferens in Hamburg die neuesten Ergebnisse seiner Untersuchungen im Raum Gorleben vor. Zusammen mit seinem Mitarbeiter Dr. Paluska, dem Leiter des Öko-Institutes Hannover, Dr. Helmut Hirsch, und dem Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, Jörg Janning, wurden die Resultate der am 6. und 7. Oktober vorgenommenen Messungen erläutert. Diese Untersuchungen hätten — wie es hieß — eine Bestätigung der von Prof. Grimmel vor einem Jahr aufgestellten These ergeben, die von einer prinzipiellen Ungeeignetheit des Gorlebener Salzstockes für die Einlagerung von Atommüll ausgehen.

Zustande gekommen waren die Messungen aufgrund einer Meinungsverschiedenheit vom 1. September dieses Jahres. Damals wollte Professor Grimmel — zusammen mit zwölf Kollegen — an einem Streitgespräch mit Vertretern des Bundesministeriums für Forschung und Technologie und der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) teilnehmen. Weil seinerzeit die PTB die Veröffentlichung der bislang vorliegenden Ergebnisse der hydrogeologischen Bohrungen verweigerte, kam es — wie berichtet — zu einer Absage des Streitgespräches. Aus dieser Situation erwuchs die Anregung, eigene Messungen, in „Bürgerselbsthilfe“, wie Prof. Grimmel erläuterte, vorzunehmen

Bei diesen Messungen bediente man sich eines neuen Verfahrens mit dem „Tektonometer“. Zwar, merkte Dr. Paluska an, ist dieses Verfahren bereits seit 1936 bekannt, entwickelt wurde es aber erst in den letzten 10 bis 15 Jahren, so daß es nunmehr auch für komplizierte Messungen benutzt werden kann. Mit Erfolg eingesetzt worden ist das Tektonometer von dem Geologischen Landesamt in Freiburg, der Bezirksregierung in Hannover, der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung in Clausthal-Zellerfeld (auf dem Gelände der Asse II) und von der Universität Göttingen. Die maximale Tiefe der Messungen hängt von der Höhe der elektronischen Leitfähigkeit der oberflächennahen Bodenschichten ab. In ungünstigen Fällen sind das 100 m, bei Sanden können 1 000 m erreicht werden.

Mit diesem Verfahren wurde einmal ein Profil von Pölitz in Richtung Rondel, zum anderen ein weiteres Profil von der Elbe über Meetschow bis in die Nähe von Rondel überprüft. Die dabei erzielten Ergebnisse erläuterten die Wissenschaftler. Danach ist die Region Gorleben von zahlreichen Störungen durchzogen, die sich auf den Meßkurven als deutliche Anomalien darstellen. Diese Störungen, so das Resultat der Messungen, treten sowohl über dem Salzstock als auch an den Flanken auf. Genauere Aussagen darüber lassen sich in Verbindung mit Bohrprofilen machen. Besonders ausgeprägte Störungen wurden anhand der Messungen im Bereich zwischen Gorleben/Meetschow/Elbe erkannt. Prof. Grimmel: „Damit hat sich der Verdacht bestätigt, daß sich der tektonische Bauplan des tieferen Untergrundes im Grundriß der Flüsse wie Seege und Elbe widerspiegelt.“ Das könnte bedeuten, daß sich der Verlauf der Flüsse danach richtet, wo Störungen im Untergrund vorliegen. Daß diese unterirdischen Bewegungen bis in die Gegenwart noch andauern, belegten die Wissenschaftler durch die Ergebnisse eines „Präzisionsnivellements“ aus dem benachbarten mecklenburgischen Gebiet bei Prignitz. Danach haben dort in den Jahren 1410 und 1412 Erdbeben mit erheblicher Intensität stattgefunden.

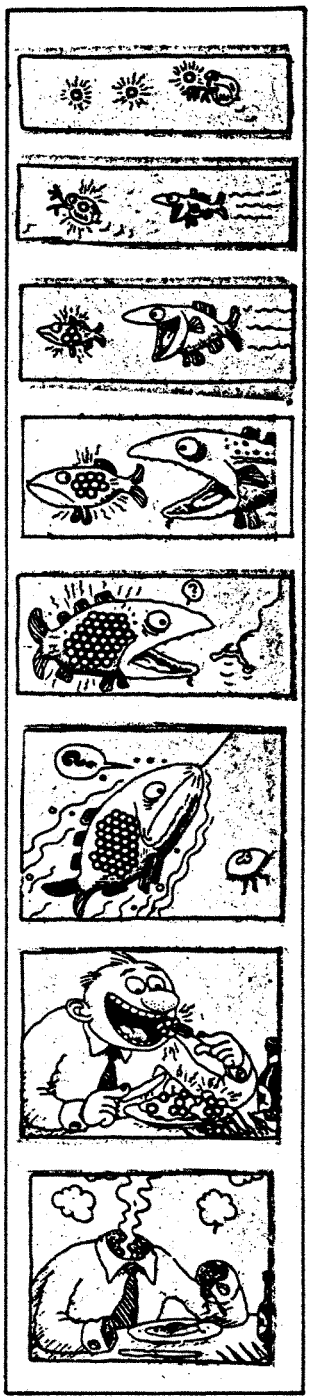
Dr. Paluske wies zusätzlich auf den stark erhöhten Chlorit-Gehalt von 12 000 mg/Liter hin (normal sind 30 bis 40 mg/Liter). Dieser extrem hohe Wert läßt sich nur dadurch erklären, daß das versalzene Grundwasser entlang der Störungen ansteigt und dadurch eine Versalzung des oberen Grundwassers bewirkt. „Angesichts dieser Situation“, so Dr. Paluska, „führt jede Bohrung nur dazu, daß die Strukturen noch komplizierter werden.“

Die unterschiedlichen Relationen zur Standortbenennung zeigte Prof. Grimmel auf. „In den USA“, erläuterte der Geomorphologe, „existieren für die Benennung eines Standortes für Atommüll drei Prüfungsstufen. Anhand dieser Prüfungsstufen hätte der gesamte norddeutsche Raum nicht einmal die erste Stufe überspringen können. Hier ist man am Ende der dritten Stufe angefangen, und das ist nicht akzeptabel.“

Nach Aussagen der Wissenschaftler wird es noch Jahrzehnte dauern, bis ein Endlager gefunden ist, das auch den bereits jetzt akzeptierten Mindestanforderungen genügt. Insofern stellt sich nach Ansicht der Kritiker das Problem eines Zwischenlagers in erheblich stärkerer Weise. „Es kann durchaus sein“, warnte Dr. Hirsch vom Öko-Institut, „daß Zwischenlager über Nacht zum Dauerlager und damit zum Endlager werden können.“

Schließlich stieß bei den Wissenschaftlern das Verhalten der Lüchow-Dannenberger Kreisverwaltung auf Unverständnis: OKD Poggendorf sollen seit geraumer Zeit die Ergebnisse der hydrogeologischen Bohrungen der PTB vorliegen, er habe trotz wiederholter Anfrage keinen Weg gefunden, sie an die Universität Hamburg zu übermitteln. Anfang Dezember wird Professor Grimmel das Ergebnis seiner Untersuchungen im Landkreis vorstellen. wh

EZZ v. 10.11.79



Tritium bei Woltersdorf?

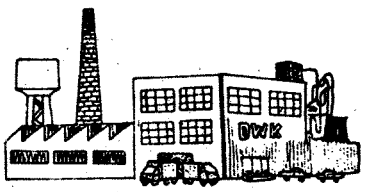
Woltersdorf. Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) will auf dem Gelände der ehemaligen Überseefunkempfangsstelle versuchsweise Tritium verpressen. Diese Absicht der PTB wurde bekannt, nachdem der Haushaltsausschuß des Bundestages — wie berichtet — einstimmig die Übertragung des etwa 300 Hektar großen Geländes bei Woltersdorf, das sich im Besitz der Bundespost befindet, auf den Bund zunächst abgelehnt hat.

Hierzu hat offenbar der Umstand beigetragen, daß bei der Debatte der entsprechenden Vorlage die Tritium-Pläne der PTB, die als Bundesbehörde zuständig für ein nukleares Endlager ist, zur Sprache kamen. Tritium fällt bei einer Wiederaufarbeitung radioaktiver Abfälle an, wie sie Niedersachsen für Gorleben abgelehnt hat. Die Verpressung von Tritium als radioaktiver Abfall in tiefere geologische Formationen ist beim Betrieb eines nuklearen Entsorgungszentrums erforderlich und bedeutet eine Endlagerung dieses Stoffes.

Dafür bieten sich — wie es in dem DWK-Bericht über das geplante Entsorgungszentrum heißt — isolierte geologische Formationen an. Die Verpressung ermöglicht eine zeitliche Trennung des Tritiums von der Biosphäre. Das tritiumhaltige Wasser kann mit Einpreßpumpen in den Porenspeicher des tieferen Untergrundes gebracht werden. Eine derartige Anlage würde auch spezielle Hochbauten erfordern. Tritium ist ein künstlich gewonnenes radioaktives Isotop des Wasserstoffes.

EZZ v. 5.12.79

Die zukünftige SKYLINE von Woltersdorf?



Die Polizei — Dein Freund und Helfer!!?

Das dieser Spruch nicht zutrifft, wissen wir schon lange. Immer wieder kommt es zu neuen Übergriffen der Polizei und des BGS. Während Albrecht ursprünglich sagte, der BGS sei nur zum Objektschutz da, hat der BGS jetzt bereits die gleichen Befugnisse wie die Polizisten des Landes Niedersachsen, wie Ausweis- und Verkehrskontrollen. Aber das ist nicht alles, Polizei und BGS zersägten einen Schlagbaum am Pachtgelände der BI. Das letzte Beispiel für polizeiliche Willkür war das brutale Vorgehen der Polizei bei der Jauche-Aktion der Landwirte, bei der einige von ihren Traktoren heruntergerissen wurden.

Wie lange will der Kreistag noch behaupten, der BGS und die Polizei sei zum Schutz der Bevölkerung da.

GRUPPE PLATZ

Polizei faßte den Täter!

Das ist passiert: EJZ vom 1. 6. 1979:

WARNUNG!

In der Nacht vom 20. auf den 21. Mai 1979 ist auf dem Pachtgelände der Bürgerinitiative Umweltschutz bei Trebel (Jagen 240 A) ein Schlagbaum gewaltsam entfernt und mit Motorsägen zerstört worden. Dieser Vorfall, der gegen 2 Uhr nachts geschah, ist von uns beobachtet worden. Zwei Fahrzeuge von Polizei und BGS standen zur fraglichen Zeit in unmittelbarer Nähe des Tatortes!

Die Täter fordern wir hiermit auf, den angerichteten Schaden voll und ganz bis Sonnabend, den 9. Juni 1979, 12 Uhr, zu beheben!

Geschieht das nicht, sehen wir uns genötigt, Anzeige zu erstatten.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg - Gruppe Platz -

Antwort der Polizei in der EJZ vom 6. 6. 1979:

„Aus der Gerüchteküche"

Stellungnahme zu Behauptungen über Übergriffe der Polizei

Gorleben: Die derzeitig öffentlich aufgestellten Behauptungen, die Übergriffe der Polizei mehrten sich in der Form, daß auf Privatgelände von Beamten ein Schlagbaum zersägt worden sei, hat die Polizeieinsatzinspektion zu folgender Stellungnahme veranlaßt:

„Die Polizei nimmt die Vorwürfe ausgesprochen ernst. Sie hat unverzüglich im internen Bereich Ermittlungen aufgenommen, um die Fälle schonungslos aufzudecken.

Was bisher nicht in der EJZ stand:

Seit dem 1. 10. 1979 haben wir es schwarz auf weiß vom Staatsanwalt:

Es war die Polizei!

Polizei-Befugnisse

In einer Presseverlautbarung der Bezirksregierung Lüneburg hieß es, daß angeforderte Polizeivollzugsbeamte einschließlich des BGS dieselben Befugnisse haben wie Polizisten des Landes Niedersachsen. Heißt dies, daß BGS-Beamte Verkehrskontrollen u. ä. genauso durchführen dürfen wie hiesige Polizeibeamte? Wenn ja, fände ich das eine Unerhörtheit, denn selbst Albrecht, seines Zeichens Ministerpräsident, hat mir (und ca. 300 weiteren Landkreisbürgern) in Hannover gesagt, daß alle auswärtigen Polizisten und BGSler nur zum Objektschutz, d. h. zum Schutz von Bohrstellen und Bohrgeräten da sind. Wer hat nun mehr zu sagen: Albrecht oder die Bezirksregierung? Ich bitte die Regierungsherren, sich hierüber zu einigen und mir das Ergebnis mitzuteilen.

Roland Fiecht, Trebel

EJZ 05.10.79

Der Spuk der Kriminellen

Veränderungen einer Landschaft vollziehen sich im allgemeinen langsam. Sie entstehen in überschaubaren Größenordnungen vor den Augen der Anlieger — der Familien, der Betroffenen. Sie werden verstanden und über Generationen in das gewohnte Umfeld aufgenommen. Die gewachsenen Strukturen der Heimat, die Bindungen bleiben erhalten.

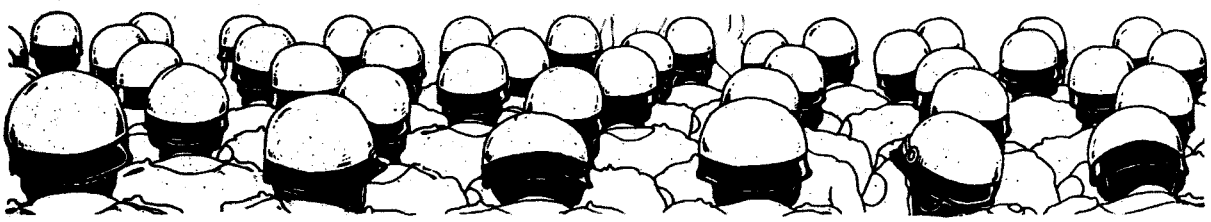
Doch das galt nicht für Gorleben. „Der ganze Landkreis wird umgekrempelt, nichts bleibt hier mehr beim alten." So bliesen noch vor kurzem die Technokraten das Halali des Fortschritts durch die Fluren des Landkreises — sie verschreckten nicht nur das Wild — sie machten sich auch die treuesten und ehrlichsten Bürger und Landwirte zum Feind. Jeder, der sich mit dieser Landschaft als seine Heimat identifiziert wurde auf den Plan gerufen. Den Machern von draußen, den Fortschrittsaposteln aus den Rechnungszentren, den Planern, den Atomindustrie-Managern und der Behörden-Selbstgefälligkeit wurde der Kampf angesagt. Man fühlte sich hintergangen, durch widersprüchliche Verlautbarungen betrogen. Das Verwirrspiel der Instanzen ließ manch braven Bürger aus der Rolle fallen, und junge Heißsporne zerstachen Autoreifen und schmissen mit Äpfeln nach Polizisten.

Was aber ist kriminell? Wer sind die Kriminellen? Der Reifenstecher, die Sitzblockadenötiger, die Bohrlochzerstörer, die Bremsschlauchzerschneider, die Äpfelschmeißer oder die Waldbrandstifter, die Flächenabholzer, die Heimatzerstörer, die Mauerbauer, die Landschaftsvernichter, diejenigen, die per Anordnung eine ganze Region ihrer ökologischen Bestimmung und Funktion berauben wollen, der Funktion einer dringend notwendigen Wasser- und Klimaregulation, Staubfilterung und Luftreinhaltung der Sauerstoffproduktion der Windbrechung, der Arterhaltung, der Naherholung, der Land- und Forstwirtschaft, der Erhaltung der Lebensgrundlage.

Wer ist nun wirklich kriminell — der Reifenstecher?! Wenn jedoch in Lüchow-Dannenberg die gewählten Politiker keine WAA zulassen und kein Zwischenlager oder ähnliche Atomanlagen entsprechender Größenordnung die Landschaft zerstören sollen, wenn auch andere Salzstöcke auf ihre Brauchbarkeit untersucht werden und keine polizeistaatlichen Übergriffe mehr zur allgemeinen Verdrossenheit führen, dann gibt es sicher auch keine Reifenstecher mehr, keine Sitzblockaden und keine Bohrlochzerstörer. Dann ist der kriminelle Spuk vorbei! Vielleicht gibt es dann sogar auch hier wieder die Möglichkeit, in Frieden zu leben — ich wünsche es mir sehr!

Jürgen Stahf, Nemitz

EJZ 19.10.79



Richtlinien zur Entschädigung von Demonstrationsschäden

Diese Neuheit stellte am 16.10.79 die Lüneburger Bezirksregierung den versammelten Gemeindevertretern in Lüchow vor. Rückwirkend vom 1.1.79 an können demnach Einzelpersonen, Gemeinden, Samtgemeinden und Kreise Entschädigungen für „Demonstrationsschäden" beantragen. Genehmigungsbehörde ist die Bezirksregierung in Lüneburg. Diese Schäden müssen *„im Zusammenhang mit Demonstrationen* [...] *an Personen, an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie an geschützten Rechten gemäß § 823 Abs. I BGB"* entstanden sein. Es können 8 Wochen vergehen, ehe ein Antrag auf Entschädigung eingereicht wird.

Der Antragsteller hat *„den Antrag zu begründen und das ihm Mögliche zur Aufklärung des Sachverhalts beizutragen"*. Geltungsbereich ist nicht nur der Landkreis Lüchow-Dannenberg allein, sondern sogar die Städte Lüneburg und Uelzen (Standort der Gorleben-Prozesse)!(„EJZ",23.10.79)

Diese Richtlinien bilden eine unverhüllte Aufforderung, zukünftig Zerstörungen, Beschädigungen und Verletzungen jeglicher Art den Atomgegnern in die Schuhe zu schieben.

Seit dem Grohnde-Schadensersatzprozeß von Hannover wissen wir, daß völlig willkürlich herausgegriffene AKW-Gegner für die unmöglichsten „Sachbeschädigungen" zur Kasse gebeten werden: alles was bei einer Demonstration an Kosten entsteht, kann dem einzelnen Demonstranten aufgebrummt werden. Laut „Rundblick" vom 23.10. wurden bisher als „Demonstrationsschäden" gemeldet: *„Zerschnittene Reifen, ein abgesägter Hochsitz und eine verwüstete Schule"*. Bei dem „abgesägten Hochsitz" handelt es sich beispielweise um einen angesägten Hochsitz. Täter und Motiv sind völlig unbekannt. Dennoch: *„Jagdpächter Manfred Behrendt ist überzeugt, daß die 80 Zentner schwere Holzkonstruktion auf einen vorbeifahrenden Streifenwagen der Polizei gekippt werden sollte"* („EJZ", 5.10.) und meldet bei der Landesregierung „Demonstrationsschaden" an.

Desweiteren richten sich die Bestimmungen auch direkt gegen den Widerstand der ansässigen Bevölkerung. So wies der Vertreter des Finanzministeriums besonders darauf hin, daß aktive WAA-Gegner kein Geld zu sehen bekommen und man möglichst schon vorher Bullenschutz gegen WAA-Gegner fordern muß, weil nämlich *„eine Minderung der Entschädigung entsprechend dem Maße der Mitverursachung möglich ist.* [...] *Das gleiche gilt, wenn der Geschädigte nicht alle zumutbaren Maßnahmen zur Abwendung oder Minderung des Schadens ergriffen hat. Eine Entschädigung kann nicht gegenüber Personen gewährt werden, die sich an einem unfriedlichen Verhalten beteiligt haben. Die Beteiligung wird vermutet, wenn jemand an einer verbotenen Versammlung teilgenommen oder sich nach Aufforderung durch die Polizei nicht unverzüglich aus der Menschenmenge entfernt hat"* („EJZ", 23.10.).

Es gehn mal wieder die Lichter aus

Im Oktober, den man kurzerhand zum Energiesparmonat erklärte, wurde eine Werbekampagne für Kernenergie gestartet. Auf vier, nur mäßig besuchten Vortragsabenden (bis I5 Zuhörer) des Verbandes Deutscher Ingenieure (VDI) versuchte man mit angsteinflößendem Zahlenmaterial den Zuhörer erneut von der Notwendigkeit der Kernenergie zu überzeugen. Herangezogen wurden hierfür altbewährte Argumente der Betreiberseite wie: mehr Energie = mehr Lebensqualität, begrenzte Energiereserven und damit verbundene Gefahr kriegerischer Auseinandersetzung bei der Jagd nach fossilen Brennstoffen. Diese Gefahr könne nur mit Hilfe der Kernenergie abgewendet werden.
All dies und noch mehr setzte man auch den Schülern des Lüchower Gymnasiums vor. Wie die betroffenen Schüler darüber denken zeigt der folgende Leserbrief.

„Atomfilz" und Schule

Nachdem der Oktober zum Energiesparmonat erklärt worden war, schickte die Regierung ihre Boten, Mitglieder des VDI, aus, alle Gymnasiasten im Land in mehreren Vorträgen über Energiefragen zu informieren. Am Gymnasium Lüchow fiel deshalb einen Donnerstag der Unterricht in der 5. und 6. Stunde aus, damit alle Schüler der Oberstufe den ersten Vortrag der Reihe, „Energie = Lebensqualität", hören. Aber wer etwas über Energiesparen erwartet hatte, der wurde enttäuscht. Wir hörten nichts über Möglichkeiten energiesparender Heizmethoden (durch die eine Einsparung von 20 % des Primärenergieverbrauchs möglich ist im Vergleich zu einem Anteil der Atomkraft von 3 % am derzeitigen Primärenergieverbrauch der BRD, Spiegel 40/79), über Wärme-Kraft-Koppelung, über Sonnenenergienutzung, über Nutzung von Abfallenergie, über Biogasnutzung oder dezentrale Elektrizitätserzeugung. Der Referent wußte nicht einmal, daß es neue Kohletechnologien gibt (Wirbelschichtfeuerung), bei denen das von ihm kritisierte Schwefeldioxid- und Stickoxid-Problem bei überdies höheren Wirkungsgrad gelöst ist.

Dafür aber erfuhren wir, daß der Energieverbrauch ständig steigt, zwar sektoral und zeitlich nicht ganz gleichmäßig, aber er steigt. Denn höherer Energieverbrauch bedeutet höhere Lebensqualität. Oder doch nicht? In den USA ist der Energieverbrauch pro Einwohner etwa doppelt so hoch wie in Westeuropa — ist dort auch die Lebensqualität doppelt so hoch? Im Ostblock ist der Energieverbrauch pro Einwohner etwa genau so groß wie in Westeuropa — ist dort die Lebensqualität ebenso groß wie hier? Konventionelle und alternative Energiequellen reichen für die Deckung eines ständig wachsenden Energieverbrauchs nicht aus. Welcher Energieträger bleibt da zuletzt nur übrig? Natürlich die Atomenergie.

In unseren Augen ist das Volksverdummung seitens des Staates. Dumme lassen sich wohl besser regieren?

Übrigens, der VDI hat diese Vortragsreihe veranstaltet, weil es der Minister Lambsdorff in Bonn so wollte. Und die Vorträge dürfen innerhalb der Unterrichtszeit an den Schulen gehalten werden, weil es der Minister Remmers in Hannover so wünschte. Daß der VDI einen Ingenieur des Elektrizitätsversorgungsunternehmens Preußen-Elektra schickte und sich dieser als Fachmann im Bereich der Atomenergietechnik vorstellte, war rein zufällig. So darf die Atomenergielobby legal mit dem Segen der Behörde innerhalb des Unterrichts für ihre Ziele werben. Prost Atomfilz!

Detlef Weigel, Christian Lappe, Rosemarie Schulz, Christian v. Stackelberg, Rainer Böhme, Christian Kofahl, Karin Stützer, Cornelia Krause, Doris Ripke, Elke Paartz; Gymnasium Lüchow, 13. Klasse

EJZ v. 20.10.79

WER HANDELT HIER KRIMINELL?

Der Kreistag warnt in seiner Sitzung am o4.IO.79 in Clenze vor gewalttätigen De - monstranten . Bei dieser Sitzung wurde eine Resolution (siehe unten) verabschiedet, in der den AKW-Gegnern "eindeutig kriminelle Handlungen" vorgeworfen werden. Die einheimischen AKW-Gegner werden aufgefordert sich von gewalttätigen Aktionen und von den auswärtigen AKW-Gegnern öffentlich zu distanzieren, da diese so der CDU Landtagsabgeordnete und Vorsitzender der Gorleben Kommision Grill außerhalb des Landkreises besser aufgehoben seien.
Die beiden Leserbriefe zeigen, daß der Kreistag mit diesen Äußerungen auch auf Widerstand stößt.

Resolution

„Der Kreistag respektiert und verteidigt das Recht aller Bürger auf friedliche Demonstration. Ein Teil — vor allem auswärtiger Kernkraftgegner — hat dieses Recht jedoch mißbraucht und die Bevölkerung des Landkreises Lüchow-Dannenberg getäuscht. Sie haben den gewaltfreien Widerstand angekündigt, bisher aber tatsächlich Gewalt angewandt, indem sie private und öffentliche Gebäude mit ihren Parolen beschmierten, Reifen an Kraftfahrzeugen zerstachen, den Beifahrer eines zur Bohrstelle fahrenden Lkw mit einem Messer bedrohten, den Straßenverkehr durch Auslegen von Nagelbrettern gefährdeten, Sachschäden von mehreren Hunderttausend Mark an den Bohrstellen bei Gorleben verursachten und am 10. September 1979 eine brennende Fackel in die vor dem Kreishaus an der Theodor-Körner-Straße abgelegten Nadelbäume warfen.

Hier liegen eindeutig kriminelle Handlungen vor. Ein Teil der Kernkraftgegner versucht, von diesem Sachverhalt abzulenken, indem er die große Zahl von Beamten der Landespolizei und des Bundesgrenzschutzes in unserem Landkreis beklagt und ständig das Schlagwort vom Polizeistaat gebraucht.

Der Kreistag hält angesichts der bisherigen Gewalttaten die Anwesenheit der Polizei und des Bundesgrenzschutzes für erforderlich. Er sieht darin einen wirksamen Schutz unserer Bevölkerung gegen die sich abzeichnende Welle der Gewalt. Er dankt den Beamten der Polizei und des Bundesgrenzschutzes für ihren bisherigen besonnenen Einsatz. Der Kreistag weiß, daß insbesondere unter den einheimischen Kernkraftgegnern ebenfalls besonnene Kräfte mitwirken. Er vermißt jedoch die warnende Stimme dieser Gruppe gegen die bisherigen Gewalttaten. Eine nicht unerhebliche Zahl, insbesondere auswärtiger Kernkraftgegner, verhält sich so, als würde sie die Interessen der Kreisbevölkerung vertreten und könnte über diesen Landkreis und seine Bevölkerung frei verfügen.

Der Kreistag fordert daher die Bevölkerung, insbesondere die einheimischen Kernkraftgegner auf, sich von den Kräften der Gewalt öffentlich zu distanzieren."

Zur Resolution des Kreistages

„Der Kreistag hält angesichts der bisherigen Gewalttaten die Anwesenheit der Polizei und des Bundesgrenzschutzes für erforderlich. Er sieht darin einen wirksamen Schutz unserer Bevölkerung gegen die sich abzeichnende Welle der Gewalt." Mußten schon Bewohner des Kreise mittels Polizei vor Demonstranten geschützt werden? In der EJZ wurde noch nie darüber berichtet. Müßte der Text nicht heißen: „Der Kreistag hält die Anwesenheit der Polizei und des Bundesgrenzschutzes für erforderlich. Er sieht darin einen wirksamen Schutz der Tiefbohrungen (Objektschutz) und eine Mithilfe zum Durchsetzen, was die Politiker den Bürgern nicht mehr glaubhaft machen können?" Gibt es nur einen Abgeordneten Christoph v. d. Bussche? Schade!

Hasso Becker, Lüchow-Kolborn,
Kreisbewohner seit März 1945

EJZ 13.10.79

Der Kreistag warnt ...

vor gewalttätigen Demonstranten. Je nun, ich will hier nicht aufzählen, wann Polizei/BGS und andererseits Atomkraftgegner sich nicht an die „Gewaltfreiheit" gehalten haben. Aber wenn man davon ausgeht, daß es nur eine Minderheit der eingesetzten Beamten war, die für unliebsame Zwischenfälle seitens der Polizei gesorgt hat, die Mehrheit aber besonnen geblieben ist, so gilt das Gleiche auch für die Atomgegner. Nur für den Kreistag ist es bei gleichen „Mengenverhältnissen" ein Grund, die Polizei zu loben und die Bürgerinitiative anzugreifen. Wann distanziert sich die Polizei von den Gesetzesübertretern in ihren Reihen?

Aber viel interessanter ist, das Kreistag, Politiker und Polizei sich alle Mühe geben, einen fliegenden faulen Apfel zum Beginn der Anarchie zu erklären. Wobei hier auch noch der Begriff Anarchie vergewaltigt wird, denn der bedeutet dem Sinn nach nur „Herrschaftslosigkeit". Aber vielleicht fürchten ja einige auch gerade das.

Aber daß der Kreistag das Demonstrationsrecht verteidigen will, ist ja fast schon rührend. Gegen wen denn? Und Herr Schwarze sollte sich vielleicht besser um die Grundsätze seiner Partei kümmern, als die Bürgerinitiative zu belehren, welche Grundsätze sie haben solle. Unsere Aussagen sind jedenfalls klarer als die seiner Partei. Die hat schon seit der Generalstreikdebatte 1905 Probleme mit ihren Grundsätzen, und 1914, als sie die Kriegskredite bewilligte, die wesentliche Grundlage waren, um den Ersten Weltkrieg von deutscher Seite zu führen, sind ihre Grundsätze zum ersten Male den Bach 'runter. Und diese Tradition an Unklarheiten hat sich bis heute nicht geändert. Reden sie mal mit Herrn Schmidt, Herr Schwarze, über Grundsätze.

Seit zweieinhalb Jahren protestieren Tausende gegen die hier und anderswo geplanten atomaren Anlagen. Und wenn man die Vorfälle hier im Kreis mit den Vorgängen zu anderer Zeit an anderen Orten vergleicht, kann man nur feststellen: „Noch nie war der Protest so diszipliniert und gewaltfrei!" Aber nach diesen zweieinhalb Jahren weiß der Kreistag nichts anderes, als sich über die „Gewalttaten" auszulassen — zu den Inhalten der Proteste der Bürger weiß er nichts, aber auch gar nichts zu sagen.

Was sich Kreistag, Kreisausschuß, Ordnungsamt, Parteien und Polizei im Verhalten zu den Umweltschützern geleistet haben, ist zuviel, um es in einem Leserbrief abzuhandeln. Was sie inhaltlich von sich gegeben haben, ist, wenn man das der Füllworte entkleidet, auf die sich die Herren gut verstehen, wenig. Sehr wenig. Sie haben gesagt, wir tun alles für den Bürger. Und was sie dann getan haben, das kann jeder hier besichtigen. Wenn man vor 2 Jahren von Atomstaat/Polizeistaat geredet hat, dann bekam man nur ein ungläubiges Lachen. Dieses Lachen ist vorbei. Der Anfang dieses Atomstaates ist hier zu erleben. Polizei, Mauer und Stacheldraht. Und das noch bevor auch nur ein Gramm radioaktiven Materials im Kreis ist. Was soll das noch werden? Vielleicht könnte der Kreistag dazu mal eine Resolution verfassen? Er sollte sich aber beeilen. Denn soweit sind die nächsten Kommunalwahlen nicht mehr.

Der Kreistag jedenfalls hat die WAA vorläufig nicht verhindert. Das waren wir. Wir sind auch bereit, noch andere Aufgaben des Kreistages zu übernehmen. Wir sind sogar bereit, selber in den Kreistag zu gehen.

H. Koch, Schmarsau

EJZ 11.10.79